

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2019



Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit

Oskar Brüsewitz' 90. Geburtstag

Nachdenken über die Menschenrechte

Der illegale Widerstand

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Fördergeld für Gedenkort
Bildungsprojekt gestartet
Gedenkort am Fluchttunnel
Sonderausstellung auf Festung Königstein

International

- 4 Jahrestag der Entschließung
Desolate Versorgungslage

Aufarbeitung

- 5 Ultimativer Regimekritiker

Thema

- 6 Der utopische Überschuß

Geschichte

- 9 Der illegale Widerstand

Berichte

- 12 „Und jeder sah und las die Namen“
- 13 Wem gehört die Erinnerung?

Verbände

- 14 Gedenken des Volksaufstands 1953
Disziplinierung durch Medizin
„Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“
- 15 Leserbrief
Suchanzeigen
- 16 Abschied

Service/Bücher

- 17 Formen der Erinnerung
- 18 Ein georgisches Leben
Durchs Eisene Tor
Der etwas andere Stasi-Roman
- 19 Vertreibungen im Kommunismus
Buchtip

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

„Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ – Startplakat einer Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder (s. S. 14).

Foto im Hintergrund:
©Bundesregierung/Kirschner (Ausschnitt)

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der ersten Ausgabe des Stacheldrahts von diesem Jahr habe ich Ihnen geschil- dert, wie wir als UOKG dabei sind, in Ber- lin „Klinken zu putzen“, um im Parlament und in der Regierung Verständnis für die Belange der Opfer von SBZ und SED-Dik- tatur und aktives Handeln zu erreichen.

Was ist daraus geworden?

In mehreren persönlichen und telefo- nischen Gesprächen zwischen mir, den Mitarbeitern der UOKG und insbesondere den Regierungsparteien von CDU/CSU und SPD konnten wir unsere Forderungen und Wünsche einbringen.

Dies schlägt sich in dem Positionspapier von CDU/CSU „Die Deutsche Einheit: Er- innern – Anerkennen – Brücken bauen“ vom 19. März 2019 nieder. Das Papier umfaßt fünf Seiten, auf welchen zunächst Bilanz gezogen wird. Es wird nicht nur den- ken gedankt, die trotz eines Lebens in der Unfreiheit der SED-Diktatur den Mut und die Kraft fanden, ihr Schicksal in die eigen- en Hände zu nehmen und in friedlicher Weise die SED-Diktatur zu beenden, son- dern auch jenen, die besonnen handel- ten, als sich Tausende und Abertausende in allen Teilen der ehemaligen DDR zum friedlichen Protest versammelten. Uner- wähnt bleiben auch nicht die zahllosen Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepu- blik, die die deutsche Teilung immer als inakzeptabel angesehen haben.

Das Erreichte, wie z.B. die Stasiunter- lagenbehörde mit ihrem dazugehörigen Gesetz, die Gründung der Stiftung Aufar- beitung und die Opferrente, wird selbst- kritisch hinterfragt. So enthält das Papier eine Aufzählung von 21 Punkten, um den Prozeß der inneren Einheit weiter voran- zubringen. Darunter findet man die Ent- fristung der SED-Unrechtsbereinigungs- gesetze, die dauerhafte Überprüfbarkeit von hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi, eine Rehabilitie- rungsmöglichkeit für Spezialheimkinder, eine kontinuierliche Erhöhung der Opfer- rente, die Einrichtung eines medizinischen Kompetenzzentrums zur qualifizierten Begutachtung und Behandlung von SED-

Opfern, die Schaffung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewalt- herrschaft und noch vieles mehr. Auch wenn das CDU/CSU-Papier nicht alle For- derungen der UOKG berücksichtigt, ist es doch ein wichtiges Zeichen.

Die SPD hat ebenfalls klare Vorstel- lungen, wenn auch nicht in einem öf- fentlichen Positionspapier definiert. Nun befinden sich CDU/CSU und SPD derzeit in Verhandlungen über einen gemein- samen Antrag „30 Jahre Friedliche Re- volution“ zur Abstimmungsvorlage vor dem Deutschen Bundestag. Die derzeitige Entwurfsvorlage ist ebenfalls in einen Textteil und einen Punkteteil unterglie- dert. In vielen Punkten stimmt der Antrag mit den Positionen von CDU/CSU überein, wie z.B. in Bezug auf ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft oder die Schaffung eines Kompetenzzen- trums zur Begutachtung und Behandlung von Langzeitfolgen bei SED-Opfern. In einigen Teilen geht der Antrag sogar noch weiter. So sollen der schon viel diskutier- te Bundesratsbeschluß 316/18 in seiner Gesamtheit und die für die NS-Opfer geltende Beweislastumkehr umgesetzt werden.

Ein positiver Beschluß des Bundestages über diesen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD in der Form des der- zeitigen Entwurfs wäre ein großer Erfolg und würde vielen Betroffenen von SBZ/ SED-Unrecht spürbare Verbesserungen bringen.

Liebe Leserinnen und Leser, seien Sie ver- sichert, daß ich und das ganze Team der UOKG das Bestmögliche geben, um so viele Forderungen wie möglich in den An- trag von CDU/CSU und SPD einzubringen und deren Umsetzung eng zu begleiten.

Mit besten Wünschen

Ihr Dieter Dombrowski

(Das vollständige Positionspapier von CDU/CSU „Die Deutsche Einheit: Erinnern – Anerkennen – Brücken bauen“ finden Sie auf der Homepage der UOKG.)

Fördergeld für Gedenkort

(ds) Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) hat dem Verein zur Errichtung eines Lern- und Gedenkorts im ehemaligen Chemnitzer Kaßberg-Gefängnis 163 000 Euro Fördermittel übergeben. Mit dem Geld können die Arbeiten für die geplante Dauerausstellung fortgeführt werden, teilte Stanges Ministerium mit. Im Sommer soll dazu ein Antrag bei Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) in Berlin eingereicht werden.

Zu DDR-Zeiten saßen in Chemnitz-Kaßberg mehr als 30 000 politische Gefangene in Haft. Zwischen 1963 und 1989 wurde von dort aus ein deutsch-deutscher Häftlingsfreikauf mit Westdeutschland organisiert.

Der Chemnitzer Verein bemüht sich seit seiner Gründung 2011 um einen Gedenkort. Entlang der Gefängnismauer wurde 2016 mit dem Bau begonnen. Dafür wurden unter anderem ein erhaltener Wachturm und zwei Mauersegmente mit fünf Informationselementen aus Glas kombiniert.

Das Konzept zur geplanten Dauerausstellung sieht Kosten von insgesamt ca. 3,1 Millionen Euro vor. Rund zwei Drittel davon stellte der Freistaat im August 2018 aus dem ehemaligen SED-Parteivermögen bereit. Weitere Mittel sollen folgen.

Der Lern- und Gedenkort soll 2021 eröffnet werden. 

Sonderausstellung auf Festung Königstein

(sla) Auf der Festung Königstein ist unter großem Besucherinteresse eine Sonderausstellung zum „Jugendwerkhof Königstein 1949 – 1955“ eröffnet worden, die noch bis zum 3. November 2019 zu besichtigen sein wird. Sie wurde kuratiert von der Museumspädagogin Dr. Maria Pretzschner.

Zur Eröffnung sprachen neben der Geschäftsführerin Dr. Angelika Taube auch Ingolf Notzke von der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow. Das Thema des nach Staatsgründung der DDR auf Königstein eingerichteten Jugendwerkhofs wird mit zum Teil aufwendigen Objekten in das Geschehen 1945 und später eingebettet.

Von 1949 bis 1955 sollten in der traditionsreichen, sächsischen Festung „schwer erziehbare“ oder straffällig gewordene Jugendliche durch straff organisierte Arbeit und Freizeit ganz im Sinne der Kollektiverziehung des sowjetischen Pädagogen Makarenko zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ umerzogen werden. 1955 wurde der Königsteiner Jugendwerkhof aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit geschlossen. Diese wollte vor allem die attraktive Festung besuchen und besichtigen.

70 Jahre später versucht die multimediale Ausstellung durch Installationen, Fotos, Dokumente und Berichte von Zeitzeugen dem Besucher einen persönlichen Zugang zu vermitteln. Dabei bietet die Ausstellung auch einen Bezug zu Jugendwerkhöfen in der DDR generell.

Den Sächsischen Landesbeauftragten interessierte, wie sich in der Darstellung dieses Jugendwerkhofs Repressions- und Alltagskultur vermischen. Wie wurde diese Einrichtung von Insassen und Außenstehenden wahrgenommen? „Wo ein Begriff den Gegenstand nicht genau genug fassen kann, da ist eine Ausstellung ein guter Weg, die Vergangenheit lebendiger, nachfühlbarer, verstehbarer werden zu lassen. Geschichte soll an authentischen Orten gezeigt werden und nicht nur in den Aufarbeitungsmetropolen Berlin und Leipzig“, so der Landesbeauftragte. 

Bildungsprojekt gestartet

(stsg) Die vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. erarbeitete multimediale Spurensuche mit dem Titel „Meilensteine auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“ für und von Schülerinnen und Schülern hat am 14. Mai mit einem Seminartag zur Aufdeckung der Wahlfälschung bei den Leipziger Kommunalwahlen im Mai 1989 begonnen. Verteilt über das Jahr 2019 erforscht jeweils eine Klasse genau 30 Jahre später einen der historischen Meilensteine von 1989, wie z.B. im Juni den Pleißepilgerweg gegen die Umweltzerstörung oder das Leipziger

Straßenmusikfestival für freies öffentliches Musizieren.

In Kooperation mit dem Landesfilmdienst Sachsen erstellt jede Klasse ein multimediales Endprodukt mit Hilfe verschiedener Apps. Bis in den Herbst dieses Jahres beschäftigen sich an neun Projekttagen insgesamt ca. 200 Schülerinnen und Schüler mit der Vorgeschichte und Entwicklung der Friedlichen Revolution in Sachsen. Am 6. November 2019 findet eine Abschlusspräsentation der Ergebnisse aller beteiligten Klassen in der Alten Börse Leipzig statt. 

Gedenkort am Fluchttunnel

(bw) Der Anfang vergangenen Jahres entdeckte Fluchttunnel am Berliner Mauerpark kann zur Gedenkstätte werden. Ein paar Monate nach der Entdeckung faßte die Pankower BVV den Beschluß, daß dort eine Gedenkstätte entstehen soll, wenn die Arbeiten am Stauraumkanal abgeschlossen sind. Diesen Beschluß hat die Stiftung Berliner Mauer ausdrücklich begrüßt. „Wir waren ja als Stiftung in die Aktivitäten zur Sicherung der vom Landesdenkmalamt veranlaßten Grabungen beziehungsweise der Grabungsfunde involviert“, hieß es in einem Schreiben der Stiftung an das Bezirksamt. Schon zu dieser Zeit habe sich die Stiftung dafür ausgesprochen, den Fundort mit Informations- und Gedenkelementen zu versehen,

so wie es auf der Südseite der Bernauer Straße bereits bei der Gedenkstätte Berliner Mauer zu sehen ist. Für einen Gedenkort am Fluchttunnel stehe die Stiftung Berliner Mauer „gern mit ihren Erfahrungen und ihrem Knowhow zur Verfügung“.

Die Bauarbeiten am Stauraumkanal dauern voraussichtlich noch bis Ende 2019. Ab 2020 könnte dann mit den Planungen für den Gedenkort begonnen werden. Wie dieser Gedenkort aussehen könnte, dafür gibt es bereits einen Vorschlag vom Verein Berliner Unterwelten. Ein „archäologisches Schaufenster“ könnte eingerichtet werden. Durch das würden Besucher dann einen Blick auf den Tunnel Einstieg werfen. 

Jahrestag der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu „Europäischem Gewissen und Totalitarismus“

(pm) Am 2. April vor zehn Jahren verabschiedete das Europäische Parlament eine EntschlieÙung zum Thema „Europäisches Gewissen und Totalitarismus“, in der unter anderem die Einrichtung einer Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen gefordert wurde, zur Unterstützung für die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen auf das Thema „totalitäre Geschichte“ spezialisierten nationalen Forschungseinrichtungen und für die Einrichtung eines europaweiten Dokumentationszentrums sowie einer Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime.

Nach mehreren Jahren der Vorbereitung wurde die Plattform des Europäischen Gedächtnisses und Gewissens während einer begleitenden Veranstaltung des Gipfeltreffens der Premierminister der Visegrád-Gruppe am 14. Oktober 2011 in Prag feierlich gegründet. Zwanzig Gründungsmitglieder aus Bulgarien, der Tschechischen Republik, Estland, Deutschland, Ungarn, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Schweden

wurden in den folgenden Jahren durch neue Mitglieder ergänzt, deren Gesamtzahl 62 beträgt – Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa, Kanada und den USA. In ihrer kurzen Geschichte wurde die Plattform zur größten supranationalen Organisation auf diesem Gebiet und hat sich als wichtiger Akteur bei der Erfüllung der Aufgaben, die in der EntschlieÙung gestellt wurden, erwiesen.

Die Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen hat ein Dutzend internationale Konferenzen, Seminare und Workshops zur totalitären Vergangenheit des 20. Jahrhunderts veranstaltet, das erfolgreiche internationale Projekt „Justice 2.0“ gestartet, ein neues Lesebuch für Schülerinnen und Schüler in Europa eingeführt sowie einen Wettbewerb für ein paneuropäisches Denkmal für die Opfer aller totalitären Regime in Brüssel initiiert und vieles mehr.

In diesem Jahr erinnert die Europäische Union an den 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs sowie an den 30. Jahrestag des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa und den Fall der Berliner Mauer, der für Millionen von Menschen neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft und ein Leben in Freiheit gebracht hat. Heute bilden Länder beider Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs zusammen die Europäische Union. Die europäische Erinnerung ist jedoch nach wie vor fragmentiert, und die harten Erfahrungen des Kommunismus sind nicht allgemein anerkannt.

Die Plattform glaubt fest an die Werte, auf denen die Europäische Union basiert. Die Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sind elementare Grundlagen ihrer Arbeit. Die Berufserfahrung und das Wissen aller Mitglieder ermöglichen es der Plattform, gefährlichen wieder auftauchenden Tendenzen zu begegnen, die unsere Freiheit und Demokratie zu untergraben drohen.

Die Plattform erkennt auch die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom November 2016 an, um der Propaganda gegen die EU entgegenzuwirken, und die Notwendigkeit, durch öffentliche Kampagnen und Bildung auf die Verbrechen kommunistischer Regime aufmerksam zu machen, sowie Forschungs- und Dokumentationsaktivitäten in diesem Bereich durchzuführen.

„Nach einem Jahrzehnt ist die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2009 in vielerlei Hinsicht unerfüllt. Unsere Pflicht gegenüber den Opfern ist es, die Arbeit zur Erinnerung an die Verbrechen aller totalitären Regime fortzusetzen und alle zu ehren, die sich ihnen widersetzen. Diese Bemühungen konzentrieren sich auf die Vergangenheit, sind jedoch sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft von entscheidender Bedeutung. Sollten wir diesen schmerzhaften Teil des europäischen Erbes nicht bewahren, könnten wir erneut solchen Greuelthaten gegenüberstehen“, sagte Dr. Łukasz Kamiński, Präsident der Plattform für Gedächtnis und Gewissen Europas. 

Auch ein Fortschritt?

„Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt.“

Friedrich Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung vom 13. Januar 1849

(Marx/Engels Werke, Berlin(Ost) 1956 ff. Bd. 6, S. 176)

Entdeckt von Dr. Heinz Stuedel

Desolate Versorgungslage

In einem dringenden Appell an internationale Hilfsorganisationen hat Anfang März der UN-Koordinator für die „Demokratische Volksrepublik Korea“ um 120 Millionen US-Dollar für humanitäre Hilfe in dem Lande gebeten. Doch angesichts der ungewissen Atom-Politik Kim Jong-uns zeigen sich die Hilfsorganisationen bei kaum einem anderen Staat so zurückhaltend wie hier. Andererseits ist nach den Ausführungen des Koordinators die Hilfe besonders dringlich.

Die Lebensmittelproduktion Nord-Koreas ist im letzten Jahr auf den tiefsten Stand seit mehr als zehn Jahren gefallen. Nach einem Eingeständnis Pjöngjangs ging sie gegenüber dem Vorjahr allein um neun Prozent zurück. Dem UN-Bericht zufolge sind mehr als 43 Prozent der Bevölkerung unterernährt. Jedes fünfte Kind ist aus diesem Grunde in seiner Entwicklung gehemmt, eine „ganze Generation von Kindern“ sei von bleibenden Schäden bedroht. Annähernd zehn der 25 Millionen Einwohner haben danach keinen Zugang

zu sauberem Trinkwasser und neun Millionen zu ordentlicher Gesundheitsversorgung. Nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation hat das Land eine der höchsten Tuberkulose-Raten der Welt.

Erst vor Monaten hatte der nordkoreanische Diktator seinen Untertanen wieder einmal einen größeren Wirtschaftsaufschwung versprochen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Ultimativer Regimekritiker

Zum 90. Geburtstag des Pfarrers Oskar Brüsewitz

Am 23. Mai 2019 würde Pastor Oskar Brüsewitz 90 Jahre alt. Für seine Familie und alle Menschen, die sich mit seinem Leben und Sterben befaßt haben, ein Grund innezuhalten und sich an sein unermüdliches Engagement als Christ und seinen Opfertod im Jahre 1976 zu erinnern. Für den einzelnen Zeitgenossen und die interessierten Nachgeborenen mag da die persönliche Erinnerung reichen, für die Institution Kirche und die heutigen Verantwortungsträger in der Politik allerdings ist es Pflicht, eine würdige Form der öffentlichen Erinnerung zu organisieren.

Letzteres klingt, als würde der Verfasser – mehr als 40 Jahre nach diesem gravierenden Ereignis – nur eine Selbstverständlichkeit formulieren, hat doch Brüsewitz mit seinem Opfertod nach eigenen Worten als Vertreter seiner Kirche gesprochen, den DDR-Kommunismus angeklagt und gegen die Unterdrückung von Kindern und Jugendlichen protestiert. Und gehören doch viele der Politiker und Politikerinnen, die heute Verantwortung tragen, genau zu der Generation, die als Kinder zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ erzogen werden sollten.

Leider hat sich im „Fall“ Brüsewitz keine angemessene Erinnerungskultur entwickelt. Stand März 2019 muß festgehalten werden, daß weder die Landeskirche noch der Kirchenkreis bisher zu einer Gedenkveranstaltung eingeladen haben. Die Landespolitik (Sachsen-Anhalt) fühlt sich augenscheinlich nicht betroffen und die Kommune (Zeit) verweigert trotz der Initiative von geschichtsbewußten Bürgern, eine zivilgesellschaftliche Würdigung vorzunehmen.

Wenn man hingegen betrachtet, was in unserem Nachbarland Tschechien für die Erinnerung an den Opfertod von Jan Palach getan wird, müssen wir uns schämen. Am Prager Wenzelsplatz konnte man in diesem Jahr seiner gedenken, in der Karlsuniversität, in seinem Geburtshaus und an seiner Grabstätte, begleitet von öffentlichen Veranstaltungen. Ein deutliches Zeichen dafür, daß man sich in Tschechien in der Wertschätzung des Menschen Palach, seines Lebens und Sterbens einig ist.

Diese Einigkeit in der öffentlichen Rezeption gab es bei Oskar Brüsewitz von

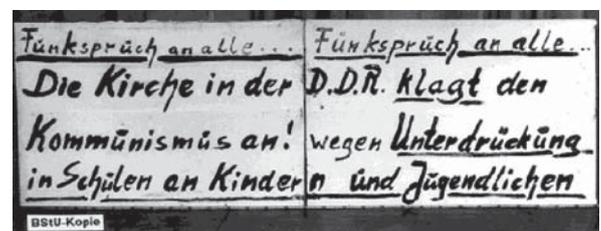
Anfang an nicht. Die Kirchenleitung versuchte zuerst abzuwiegeln, die politische Dimension der Selbstverbrennung zu verschweigen, und die Staatsführung begann sofort mit den üblichen Zersetzungsmaßnahmen, scheute nicht davor zurück, Brüsewitz als Geisteskranken darzustellen. Was folgt, ist eine lange Geschichte ideologisch (und kirchenpolitisch) aufgeladener Auseinandersetzungen. Dazu haben Richard Schröder in der ZEIT vom 21. Mai 1993 (!) und ergänzend Peter Pragal in der Berliner Zeitung vom 16. August 1996 schon alles Wesentliche gesagt, das deshalb an dieser Stelle nicht wiederholt werden muß. (Es lohnt sich auch nach so langer Zeit, die beiden Artikel nachzulesen!) Und dennoch ist heute bei entscheidenden Akteuren in Kirche und Politik erschreckend viel Ignoranz festzustellen.

Erst 2017 hat die Stadt Zeit eine Gedenktafel an der Brüsewitzsäule vor der Michaeliskirche anbringen lassen, auf der zu lesen ist, daß der Pastor gegen die „Bevormundung“ der SED-Regierung vorgehen wollte. Das ist nicht nur eine Verharmlosung seines ausdrücklichen und auf seinem Plakat nachzulesenden „Protestes“, sondern eine unentschuld-bare Verfälschung. Nun, wir befinden uns in Zeit in dem ehemaligen Wahlkreis von Erich Mielke, der schon immer vom Klassenstandpunkt her entschieden hat, was wahr ist. Insofern könnte dem Psychologen ein gewisses Verständnis angezeigt sein, dem Politiker allerdings nicht und dem Historiker schon gar nicht. (Übrigens haben die Bürgerproteste gegen diese Form von öffentlicher Geschichtsverfälschung bisher nichts gefruchtet.)

Fassungslos allerdings ist der Unterzeichner nach der (kursorischen) Lektüre der neuesten Publikation zu Oskar Brüsewitz. Die hat Karsten Krampitz als Dissertation geschrieben und genannt „Der Fall Brüsewitz“. Das Buch hat 680 Seiten und ist im „Verbrecher Verlag“ Berlin (nomen est omen) erschienen. Und kommt zu dem Schluß, daß Brüsewitz eine „dissoziale Persönlichkeitsstörung“ gehabt hätte.

Mielkes letzte Rache: Das war der Plan der Stasi, den redlichen (gern gebe ich zu, manchmal etwas überengagierten) Pastor als verrückt zu erklären. Denn damit war man jede Sorge los, dessen Opfertod als ultimative Regimekritik zu verstehen.

Da bleibt dem Unterzeichner nur, Richard Schröder aus dem o.g. Artikel von 1993 zu bemühen: „Man versteht ..., daß die Stasi die Tat später allein auf kirchliche Probleme schob. Schwerer zu verstehen ist dagegen, daß heute noch ein Historiker die Stasi nachbetet.“ Und gegen die Quintessenz von Krampitz die (von der Stasi dokumentierte) Bemerkung von einem aus jeglicher Perspektive unverdächtigen Wegbegleiter Brüsewitzens zu zitieren, der 1983 auf dem Wittenberger Kirchentag einem IM gegenüber äußerte: „Brüsewitz wäre ein Idol für ihn, seine Handlung war richtig.“ Das war der damals schon im hohen Alter befindliche Pfarrer Völker aus Zeit, Mitglied der DDR-CDU.



Protestplakat des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Quelle: BSTU

Bleibt zum Schluß noch zu hoffen, daß der 90. Geburtstag von Brüsewitz der EKD und der Bundesregierung Anlaß ist, sich des „Falles Brüsewitz“ anzunehmen. Die regionalen Verantwortlichen und interessengeleitete Zeitgeschichtler sind augenscheinlich dazu nicht in der Lage. Das Ergebnis könnte 2026 zum 50. Jahrestag des Opfertodes vorliegen, damit dann endlich diesem einzigartigen Menschen die Ehre widerfährt, die ihm auch gebührt. Zum Trost für die erinnerungsbedürftigen Zeitgenossen und -genossinnen (wie dem Verfasser) sei angefügt, daß immerhin die Vereinigten Domstifter zu Merseburg, Naumburg und Zeit am 25. Mai ein Orgelkonzert im Merseburger (!) Dom zum Gedenken an Brüsewitz durchführen und die Evangelische Kirchengemeinde Zeit wie in jedem Jahr am 18. August zu einer Gedenkandacht einlädt.

Lothar Tautz

(Der Autor: Als Theologiestudent großer Fan von Bruder Oskars Jugendarbeit, 1976 Mitverfasser einer Samisdat-Dokumentation der Ereignisse um den Opfertod, nach 1990 Herausgeber und Verfasser verschiedener Publikationen zum Zeitzer Pastor, Mitglied im Bundesvorstand von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“)

Der utopische Überschuß

Nachdenken über die Menschenrechte

Von Martin Cordo

Im Mai 2019 jährt sich die Verabschiedung des Grundgesetzes zum 70.

Mal. Ebenfalls vor 70 Jahren

– im Dezember 1948

– wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) durch 48 Staaten der Vereinten Nationen verabschiedet (bei Enthaltung Saudi-Arabiens, Südafrikas und der Staaten des Ostblocks). Jubiläen dieser Art fordern Reflexion heraus: Hat diese lange Zeit die Menschenrechte als gültig bestätigt? Oder sind sie „schon gar nicht mehr wahr“?

Ein Nachdenken über die Menschenrechte erfordert zunächst eine Bestimmung und Abgrenzung des Begriffs. Was sich nach professoraler Glasperlenspielerei anhört, ist von äußerster Brisanz. Denn Begriffe sind politische Kampfmittel – und der Begriff der Menschenrechte ist es besonders. Unter ihrem Zeichen wurden und werden Kriege geführt, Demokratien fordern sie ein, aber auch machtvolle Autokraten führen sie im Munde.

Wenn hier eine Annäherung an den Begriff zunächst unter historischer Rücksicht erfolgt, so nicht, weil uns 70 Jahre Menschenrechtserklärung eben auf einen historischen Blick verweisen. In der geschichtlichen Entwicklung dieser kulturellen Errungenschaft äußert sich vielmehr das geistige, letztlich im Menschsein selbst verankerte Prinzip, dem die Menschenrechte ihre Existenz und ihren universellen Gültigkeitsanspruch verdanken.

Die Idee, daß dem Menschen bestimmte Eigenschaften und damit zusammenhängend Rechte erwachsen – einfach daraus, daß er ein Mensch ist – entstand zunächst fern von jeder politischen Realität in der Philosophie. Erste Ansätze sind in der Antike zu finden, aber auch in der jüdisch-christlichen Glaubensüberzeugung, die im Menschen das Ebenbild Gottes erblickt. Ausgearbeitet und auch für die heutige Zeit noch wirkmächtig wurden entsprechende Konzepte dann kurz vor und während der Aufklärung. In verschiedenen, im einzelnen sehr unterschiedlichen Theorien wurde von Philosophen wie John Locke (1632–1704) und Jean-Jaques Rousseau (1712–1778) über das Verhältnis des einzelnen gegenüber dem Staat nachgedacht und ersterem bestimmte Rechte zugesprochen, die ihm vor und gegenüber letzterem zukommen.

Zwei geschichtliche Großereignisse verhalfen dem Konzept der Menschenrechte dann zu seinem ersten politischen Durchbruch: der (letztlich erfolgreiche) Krieg der nordamerikanischen Kolonien gegen England (1775–1783) und die französische Revolution (1789–1799). Unter direkter Rezeption der Ideen Lockes entstand im Jahr 1776 mit der Virginia Bill of Rights das erste Dokument, in dem

Menschenrechte kodifiziert wurden. Die Verfassung der Vereinigten Staaten mit ihrem Rechtekanon folgte wenige Jahre später und auf der gleichen Grundlage. Die französische Erklärung der Menschenrechte (1789) verdankt sich sowohl Impulsen der Entwicklung in den Vereinigten Staaten als auch den Überlegungen Rousseaus. Interessant hierbei – im Vergleich zu späteren Meilensteinen der Menschenrechtsentwicklung – ist die optimistische Grundhaltung, die diese erste politische Blüte des Menschenrechtsgedankens auszeichnet: Hauptsächlich gegen den absolutistischen oder zumindest repressiven Staat gerichtet, liegt ihr eine im wesentlichen positive Sicht des Menschen zu Grunde. Dieser erhebt sich gleichsam in seiner Würde, in der Schönheit seines Geistes, in seiner individuellen Komplexität vor einem Staat, der ihn nur allzu gern zum bloßen Objekt seiner Maßnahmen und Ziele macht. Ausgangspunkt der menschenrechtlichen Forderung ist der einzelne, der sich in seiner eigenen Stärke und Bedeutung erkennt.

Einen neuen starken Impuls für die Entwicklung der Menschenrechte stellt die Katastrophe des Nationalsozialismus, insbesondere der Holocaust und die Greuel des Zweiten Weltkrieges, dar. Die individualistisch-emanzipatorische Grundhaltung ist nun einem unfaßbaren Schrecken darüber gewichen, was Menschen anderen Menschen anzutun in der Lage sind. Der einzelne fordert seine Rechte nicht in Freiheit ein; er ist prinzipiell und existentiell bedroht, so daß der effektive Schutzgedanke in den Vordergrund tritt. Konsequenterweise wird in der Präambel der AEMR auch erstmalig das Konzept der Menschenwürde etabliert und mit den Menschenrechten verknüpft.

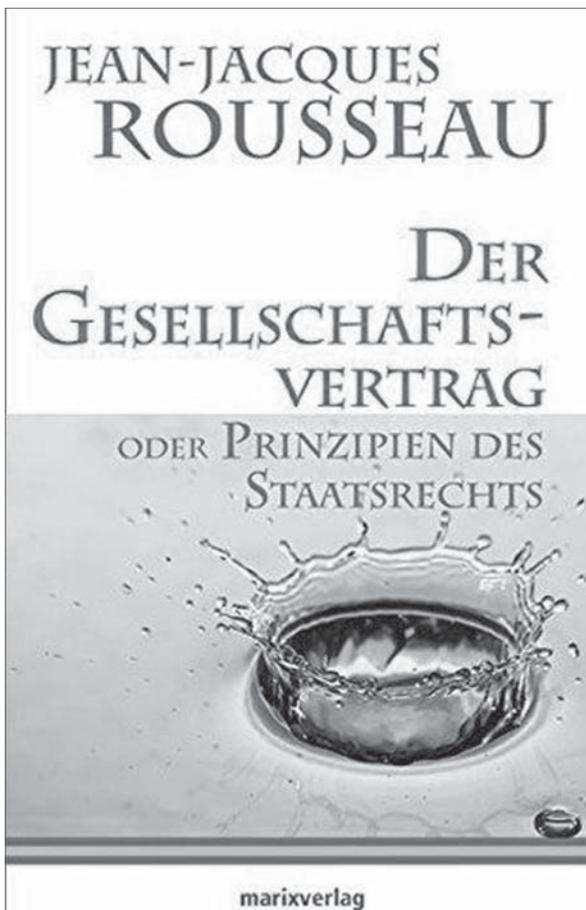
In der Folge setzt zudem ein Prozeß der zunehmenden Verrechtlichung ein. War die AEMR noch eine politische Absichtserklärung ohne rechtliche Verbindlichkeit, so wurden 1966 zwei wichtige internationale Menschenrechtskodifizierungen verabschiedet, bei denen das anders war: der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) einerseits und der stärker „klassische“ Menschenrechtsmaterien umfassende Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) andererseits.

In Verbindung mit verschiedenen Einrichtungen der Vereinten Nationen, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann (beispielhaft sind der Men-

Foto: Briefmarkenhaus Engel Landshut



Zwei-Euro-Gedenkmünze 2018 zum 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.



Jean-Jacques Rousseaus Gesellschaftsvertrag in moderner deutscher Ausgabe, 2008.

schenrechtsrat der UN sowie die den verschiedenen Pakten und Konventionen entsprechenden Ausschüsse zu erwähnen), bilden diese und weitere internationale Vereinbarungen bereits eine Form „harten“ Rechts. Die Erfüllung der Pakte seitens der Unterzeichnerstaaten wird regelmäßig überprüft. Verstöße werden öffentlich gerügt. Zudem sind für die Zuständigkeiten verschiedener Ausschüsse – u. a. des Menschenrechtsausschusses, der die Einhaltung des Zivilpakts überwacht – Individualbeschwerden zugelassen. Es ist also für Einzelpersonen möglich, in einem rechtsförmigen, wenn auch nicht gerichtsförmigen, Verfahren sie betreffende Menschenrechtsverletzungen durch den Staat etwa vor den Menschenrechtsausschuß zu bringen und durch diesen feststellen zu lassen.

Eine noch weitergehende Justitiabilität existiert für menschenrechtliche Regelungen auf europäischer Ebene. Dort besteht für Verstöße von Unterzeichnerstaaten gegen die durch den Europarat (nicht gleichzusetzen mit dem Rat der Europäischen Union) verabschiedete Europäische Menschenrechtskonvention von 1953 seit dem 1. November 1998 der ständige Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der im Wege eines gerichtlichen Verfahrens Menschenrechtsverstöße feststellt und Sanktionen, z.B. in Form von Schadensersatzleistungen festlegt. Und schließlich sind in der EU sowie in den Nationalstaaten vielfach Grundrechte festgelegt, die menschenrechtliche Garantien enthalten und – in Deutschland etwa im Wege der Verfassungsbeschwerde – konkret einklagbar sind.

Angesichts dieser Entwicklung erstaunt es vielleicht, daß die Lage der Menschenrechte weltweit nach wie vor prekär erscheint.

Das liegt zum einen daran, daß nicht alle Staaten alle menschenrechtlichen Konventionen, die auf der Ebene der Vereinten Nationen erarbeitet wurden, ratifiziert haben. Es besteht aber auch in Staaten, in denen das der Fall ist, vielfach ein erhebliches Vollzugsdefizit.

Zudem sind – mangels einer internationalen Vollzugsgewalt, also einer Art UN-Polizei – die Entscheidungen der menschenrechtlichen UN-Ausschüsse und sogar des EGMR auf die Kooperation gerade der Staaten angewiesen, die verurteilt worden sind. Vielfach liegt eine Bereitschaft zur Kooperation vor,

auch um einen allenthalben drohenden politisch-diplomatischen Imageschaden zu vermeiden – eine Garantie hierfür besteht aber nicht.

Als vielleicht wirksamste Infragestellung des mit der AEMR aufgestellten Menschenrechtskonzepts dürften jedoch die in jüngster Zeit verstärkten weltweiten Tendenzen zur nationalen Spaltung und Isolation zu sehen sein. Die Ablehnung von Transnationalismus, das heißt auch eines internationalen Ansatzes im Menschenrechtsbereich, stellt zwischenzeitlich eine salonfähige diplomatische Position dar und wird nicht zufällig von Nationen vorgebracht, die auch nach innen einen autoritären, illiberalen Staat verkörpern.

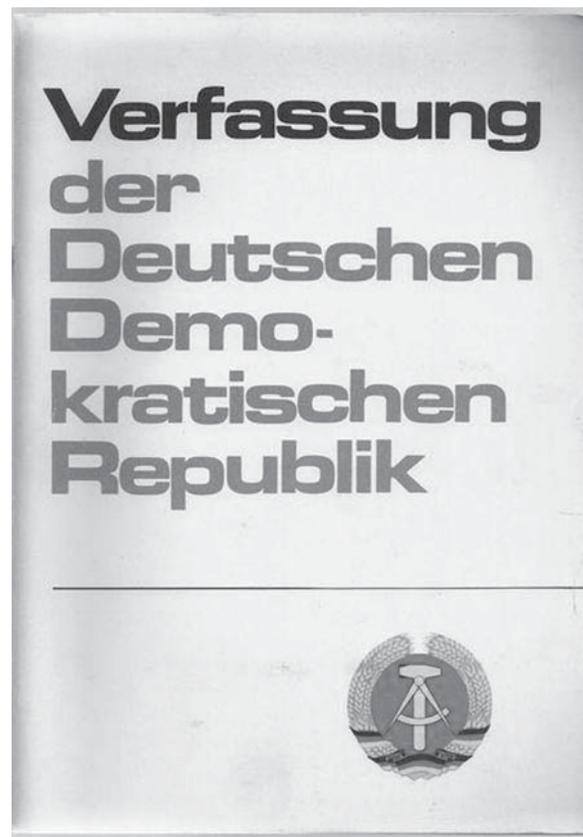
Politikpsychologisch erweist sich die beschriebene Verrechtlichung der Menschenrechte damit als problematisch, weil sie Erwartungen weckt, die auf internationaler Ebene letztlich nicht einlösbar sind. Die Menschenrechte sehen sich damit heute in stärkerem Maße einer skeptischen Frage ausgesetzt, die in früheren Zeiten vor allem an Gott gerichtet wurde, nämlich, wie es angesichts ihrer Existenz so viel Leid und Elend unter den Menschen geben kann. Der „utopische Überschuß“ (Karl-Peter Fritzsche), der ihnen innewohnt, wird als Naivität aufgefaßt. Der Enthusiasmus, mit dem das menschenrechtliche Projekt einst begann, droht politischer Apathie zu weichen.

Eine weitere Bedrohung für dieses Projekt ist ein aus bestimmten Kreisen der Naturwissenschaften vorgebrachter Ansatz der Letzterklärung des Menschen als bio-physisch determiniertes Tier, dem „neurowissenschaftlich fundiert“ die Fähigkeit zur Freiheit – und damit letztlich die Würde – aberkannt wird.

All dies macht einen geistigen Rekurs auf den Ausgangspunkt der geschilderten Entwicklung der Menschenrechte unerläßlich. Das – immer wieder neue – Bedenken ihrer philosophischen Grundlagen ist kein Betätigungsfeld für naive oder zynische Sonntagsredenschreiber. Es ist eine Notwendigkeit, die daraus resultiert, daß auch die Menschenrechte – um mit dem kürzlich verstorbenen Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde zu sprechen – von Voraussetzungen leben, die sie selbst nicht garantieren können. Sie sind nicht positives Recht wie das Strafgesetzbuch oder die Baunutzungsverordnung. Sie verfügen über keinen der



Französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 (Gemälde v. Jean-Jacques-Francois Le Barbier).



Vorrang der „sozialistischen Gesellschaft“ vor den Rechten des einzelnen.

Anwendung von Gewaltmitteln fähigen Ausführungsapparat. Sie sind das Resultat eines existentiellen Kampfes vieler Generationen, und auch ihre Erhaltung und Weiterentwicklung bedarf dieses existentiellen Kampfes. >>>

Am Beginn dieses Kampfes stehen Entscheidung und Haltung. Die Menschenrechte, wie auch ihr universalistischer, weil auf alle Menschen unabhängig von Herkunft und Kultur bezogener Charakter basieren auf der Anerkennung des Individuums als ersten und grundsätzlichen Ausgangspunkt der Konstruktion von Gemeinschaft und damit letztlich auch von Staaten. Der einzelne ist nicht vorrangig funktionaler Teil des Gemeinwesens; vielmehr wird dieses durch ihn (und alle anderen einzelnen) erst gebildet und hat seinem Wohl zu dienen.

Die Bedeutung einer so verstandenen Grundlegung der Menschenrechte läßt sich besonders deutlich und e contrario [aus dem Gegenteil] aus der Verfassung der DDR von 1968 aufzeigen. Auch diese kannte nominell Grundrechte (Art. 19–40). Aber bereits deren systematische Einordnung läßt aufhorchen: Das Kapitel über die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger befindet sich in einem Abschnitt mit der Bezeichnung „Bürger und Gemeinschaften in der sozialistischen Gesellschaft“. Deren Grundlagen sind in dem vorhergehenden Abschnitt ausgeführt, wo es u. a. heißt: „Die Übereinstimmung der politischen, materiellen und kulturellen Interessen der Werktätigen und ihrer Kollektive mit den gesellschaftlichen Erfordernissen ist die wichtigste Triebkraft der sozialistischen Gesellschaft.“ (Art. 2 Abs. 4). Die klassischen Grundrechte – etwa Meinungs-, Versammlungs- oder Religionsfreiheit – werden sodann jeweils nach „den Grundsätzen dieser Verfassung“ gewährt (Art. 27 Abs. 1, 28 Abs. 1, 39 Abs. 2).

Diese Grundsätze aber statuieren, zumal in ihrer Gesamtheit, einen Vorrang der „sozialistischen Gesellschaft“ vor den Bedürfnissen des einzelnen bzw. erklären beides unumstößlich zur selben Sache. Damit hatten die Grundrechte in der DDR nicht nur keine rechtlich-faktische Bedeutung, was durch den Mangel einer gerichtlichen Infrastruktur zu ihrer Einklagung deutlich wird. Sie waren vielmehr bereits nicht als Schutznormen des einzelnen gegen einen potentiell übergreifenden Staat konzipiert. Das Ergebnis für zahlreiche DDR-Bürger ist bekannt.

Auch in einem anderen, eng mit menschenrechtlichen Fragen verknüpften Themenbereich läßt sich die Notwendigkeit einer grundsätzlichen, das heißt auch philosophischen Begründung gegenüber der Hinnahme eines gesetz-

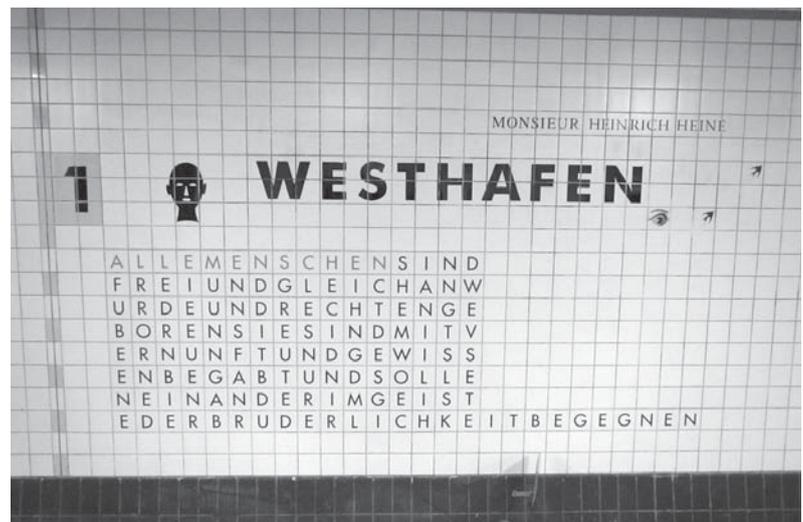


Foto: Molgreen

U-Bahnhof Westhafen in Berlin. Wandfliesen mit Zitaten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

lich gegebenen Rahmens zeigen: in der Diskussion um den vermeintlichen Gegensatz von Freiheit und Sicherheit. Rechtlich und politisch werden beide Begriffe oft als praktisch gleichrangige Güter aufgefaßt, die gegeneinander abzuwägen sind. Je nachdem, auf welchen Aspekt man den eigenen Schwerpunkt legt, gilt man als liberal oder konservativ, als „progressiv“ oder „reaktionär“. Bisweilen wird auch ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden konstruiert, nach der Art, daß Sicherheit die Voraussetzung für Freiheit sei.

Aber Freiheit und Sicherheit sind keine Rechtsgüter wie Eigentum oder körperliche Unversehrtheit, denen innerhalb einer bestehenden Ordnung bestimmte Wertigkeiten zugeordnet werden können oder müssen. Sie sind fundamentale Prinzipien, die – selbst außerhalb der Rechtsordnung stehend – diese qualitativ konstituieren.

Deutlich mag dies durch einen Vergleich der Staatstheorien von Thomas Hobbes und John Locke werden. Hobbes betrachtete – unter dem Eindruck heftiger Bürgerkriegsauseinandersetzungen im England seiner Zeit – den Menschen als grausames und im Interesse seines Überlebens herrschaftsbedürftiges Wesen, das all (!) seine Rechte im Rahmen eines theoretisch gedachten Gesellschaftsvertrages einem Souverän überträgt, dem dafür die Aufgabe der Ordnung des Gemeinwesens und der Monopolisierung, sprich Einhegung von Gewalt zukommt. Staat ist hier ausschließlich als Sicherheitseinrichtung gedacht. Diese Funktion ist es, die ihn legitimiert. Die Freiheit des einzelnen ist dem gegenüber nicht nur für die Staats-

tätigkeit irrelevant, sondern sogar eine Gefahrenquelle für das Individuum selbst und alle anderen.

John Locke hingegen befand den Menschen als Träger bestimmter Freiheiten, die ihm von Natur aus zukamen und daher durch einen – ebenfalls auf einem theoretisch gedachten Gesellschaftsvertrag basierenden – Staat nicht ohne weiteres eingeschränkt, geschweige denn aufgehoben werden könnten. Lockes Ansatz war auch Jahrhunderte später noch maßgeblich für ein staats-skeptisches Gemeinwesen wie die Vereinigten Staaten; Hobbes Theorie blieb wirkmächtig für antiliberalen Denker wie Carl Schmitt.

Entscheidend ist, daß vor der Frage, wie rechtspraktisch und im einzelnen (Menschen-)Rechtsgüter bewertet, umgesetzt und auch gegeneinander abgewogen werden, die Entscheidung steht, wie wir den Menschen und seinen Status vor der Gemeinschaft bewerten. Nur wenn er als Individuum geachtet und als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Strukturen anerkannt wird, sind Menschenrechte überhaupt sinnvoll. Und nur wenn sich die Betroffenen – eben wir – dieser Grundlagen bewußt sind, wird eine Verteidigung der Menschenrechte gegen kollektivistische Systeme, die das Wohl des Menschen dem Wohl „der Menschen“ opfern, oder Autokraten, denen es nur um das Wohl eines einzigen Menschen geht, möglich sein. In diesem philosophischen, die *conditio humana* [Natur des Menschen] selbst in den Blick nehmenden Anspruch der Menschenrechte gegenüber ihrer positiv-rechtlichen Realität liegt eigentlich erst ihr „utopischer Überschuß“.

Der illegale Widerstand

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Teil I

Es waren lediglich drei Jahre nach Ende der NS-Diktatur vergangen, als sich in der deutschen Sowjetzone deutlich eine SED-Diktatur abzeichnete. Zusehends wurde jede offene Opposition gegen die neue Herrschaft fast unmöglich, und es bahnte sich eine zweite deutsche Diktatur an. Zudem waren es die Jahre der Berliner Blockade und dann des Korea-Krieges, der nicht nur im geteilten Deutschland ähnliches befürchten ließ. In diesen Zeiten mußten sich die Menschen in der Zone letztlich entscheiden, ob sie Träger des Regimes werden wollten, möglichst unauffällig als Mitläufer zu überleben versuchten oder nur noch die Flucht in den Westen als Alternative sahen. Ein Großteil allerdings versuchte als Bremser der Entwicklung zu wirken. Keineswegs wenige fanden einen Ausweg im illegalen Widerstand. Wohl die meisten von ihnen suchten dabei Kontakt zu freiheitlichen Organisationen oder den Ostbüros ihrer unterdrückten DDR-Parteien in West-Berlin. Hier bildete sich Ende 1948 die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU).

Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

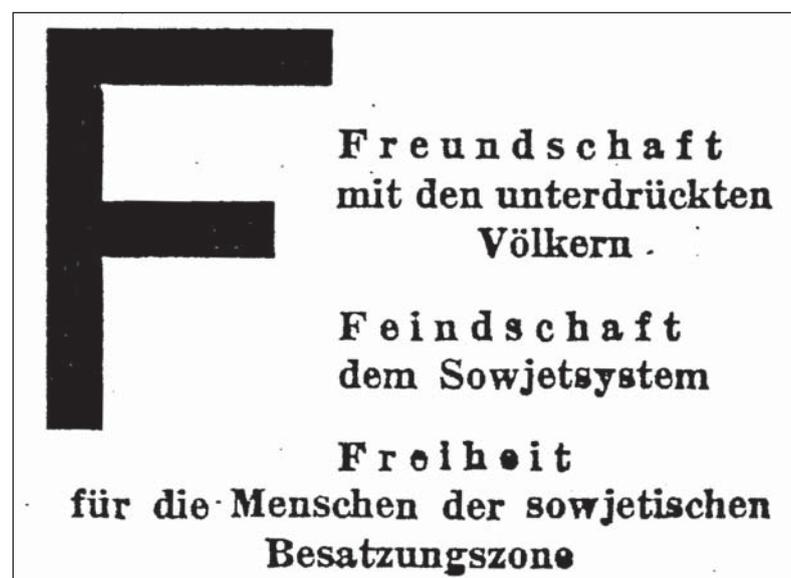
Unter dem Motto „Nichtstun ist Mord – Schweigen ist Selbstmord“ war es das Ziel der KgU, die politischen Verhältnisse in der Ostzone aufzuklären und in der Weltöffentlichkeit anzuprangern. Ihre Leiter, Dr. Rainer Hildebrandt und später Ernst Tillich, waren in der NS-Zeit inhaftiert gewesen.

Anfangs war es ein bloßer Suchdienst, der politische Häftlinge erfaßte. Unter dem ständig wachsenden politischen Druck baute sich bald der illegale Widerstand auf. Die KgU forderte die Zonenbevölkerung auf, überall den Buchstaben „F“ als Symbol der Freiheit zu malen. Ihre Flugblätter mahnten: „Tue nichts, was dem Gegner nützt! Informiere Dich selbst und bewahre damit die Fähigkeit eines unabhängigen Denkens! Schlage den Gegner mit seinen eigenen Waffen, lerne seine Sprache und seine Arbeitsweise!“ Immer wieder hieß es: „Seid Träger der Wahrheit, indem Ihr westliche Nachrichten anonym weitergebt. Helft den Verfolgten. Ächtet die SED, boykottiert

die östliche Propaganda. Niemand mache sich zum Handlanger des Terrors!“ Manche Schriften wurden mit Titelseiten von DDR-Veröffentlichungen getarnt. Das bekannte Buch George Orwells „1984“ erschien äußerlich als FDJ-Liederbuch oder auch als „Gedichte von Heine, 1848“.

Hatten in den Anfangsjahren viele DDR-Bewohner die Flugschriften bei der KgU-Zentrale abgeholt und sie dann nachts in ihren Wohnorten verteilt, wurde diese Methode angesichts der verstärkten Kontrollen um West-Berlin eingestellt. Ab 1952 schleuste man das Material mit großen Luftballons ein, deren Abwurf-Ziele auf ca. 15 Kilometer genau bestimmbar waren. Schon ein Jahr später flogen auf diese Weise 10,4 Millionen Flugblätter in die DDR, deren Anzahl dann jährlich gesteigert wurde auf über 100 Millionen im Jahr 1957. Dem MfS fielen laut seinen Unterlagen damals nur 589 502 dieser „Hetzschriften“ in die Hände, also lediglich jedes zweihundertste Flugblatt.

Ostern 1951 erhielten die Filialen der HO (staatliche Läden mit Mangelwaren zu stark überhöhten Preisen) Briefe des „Ministeriums für Handel und Versorgung“ mit der Anweisung, beträchtliche Preissenkungen durchzuführen. Beigefügt



Gerhard Finn: Nichtstun ist Mord, Westkreuz-Verlag, Berlin/Bonn 2000

man eine solche Blamage nicht öffentlich eingestehen konnte.

Bei dem wohl größten Schlag – vielleicht in Verbindung mit US-Stellen – erhielten im April 1954 viele Firmen im Westen (von der Türkei bis Argentinien), die DDR-Rüstungsindustriebetriebe belieferten, „Kündigungen“ der Lieferverträge. Wegen „Devisenschwierigkeiten“ und

KgU-Flugblatt.

waren Zettel der „Zentralen Leitung der HO“ zur Verteilung an die Bevölkerung. Alles war indes eine Fälschung der KgU. Das Regime mußte sie hinnehmen, weil

notwendigen Produktionsumstellungen“ könne man leider die Verpflichtungen nicht einhalten. Kopfbogen, Kennziffer, Inhalt, Stempel und Unterschriften waren



HANDELSORGANISATION HO

AN DIE
DEUTSCHE BEVÖLKERUNG!



**Zum Osterfest
erneut PREISENKUNG
bei der HO**

Ab 22. März 1951
werden wir wiederum den westlichen
Monopolkapitalisten mit Unterstützung der Sowjetunion
und allen Volksdemokratien beweisen, daß unser FÖNF-
JAHRESPLAN den besseren Lebensstandard garantiert!

**DARUM:
KAUFT IN DER HO!**

Deutscher, dein ...

... Anzug	nicht mehr 90,00 DM, sondern	79,20 DM
... Wintermantel 180,00 DM, ..	144,00 DM
... Kleid 65,00 DM, ..	52,00 DM
... Knabenanzug 48,00 DM, ..	38,40 DM

Auch die Lebensmittelpreise werden gesenkt! Für
alle Industriegüter 20% Preisverminderung! Ab 1. 5. 1951
werden bestimmte Industriegüter völlig frei im Handel zu
beziehen sein!

**WIR WOLLEN IM KAMPF UM DEN FRIEDEN
MIT LEUCHTENDEM FANAL VORANGEHEN!**

**HANDELSORGANISATION HO
ZENTRALE LEITUNG**

Die HO-Fälschung der KGU.

gefälscht. Nach einer von der Staatssicherheit erstellten Grafik verbreitete die KGU 1953 ca. 500, 1954 ca. 2200 und 1955 ca. 3000 solcher Fälschungen. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vom 25. Dezember 1954 konnte dann auch nur allen Funktionsträgern empfehlen, „bei Telefongesprächen und Schrei-

ben sich bei den vorgesetzten Dienststellen zu vergewissern, ob und welche Anweisungen von dort tatsächlich erfolgten“. Welch eindeutiges Eingeständnis erzeugter Verwirrung!

In der Tat zählte die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit damals zu den här-

testen Widersachern der DDR. Dabei darf man allerdings nicht übersehen, wie leichtsinnig und dilettantisch die Zentrale häufig im Umgang mit ihren Widerstandsgruppen in der DDR agierte, deren Mitarbeiter zumeist ohne Erfahrungen im politischen Untergrund waren und darüber hinaus den Terror-Apparat der Staatssicherheit unterschätzten. Zudem gelang es dem MfS, eigene Agenten in die KGU einzuschleusen, was dann zu vielen Verhaftungen führte. Äußerst drakonische Gerichtsurteile – die auch der Abschreckung dienten – führten bis zu Todesstrafen für jene „Saboteure“ und „Terror-Kriminelle“. Allein bei einer Aktion wurden in Moskau 131 KGU-Mitglieder erschossen! Indes gibt es in den DDR-Gerichtsakten keinen einzigen Beweis dafür, daß jene irgendwelche „Brücken gesprengt“ oder echte „Sabotage“ begangen hätten: Stets wird nur vage von „Planung“ oder „Versuch“ gesprochen, den die Staatssicherheit „erfolgreich verhindert“ habe.

Einwohner von Cottbus!

7 000 Belastete, die auf Weisung oder mit Billigung des SED-Regimes kriminelle Straftaten begangen haben, hat der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ bereits registriert. Eure Landgerichtspräsidentin Lucie von Ehrenwall, bekannt als „Rote Lucie“, gehört zu den 53 Einwohnern Eurer Stadt, die darunter verzeichnet sind. Sie wird sich wegen Diebstahls, Unterschlagung, Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung verantworten müssen und wagt sich daher schon jetzt nicht mehr nach Westberlin. Der berühmte ehemalige Leiter der Kriminalpolizeidienststelle Peitz, Hans Jeschke, wurde bereits in Westberlin inhaftiert und sieht seiner Aburteilung ebenso entgegen wie sein Komplize Schade, der frühere Leiter der K5 in Cottbus. Helft mit, auch alle anderen zur Rechenschaft zu ziehen! Meldet Euch wie alle rechtlich Denkenden beim

**Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen
der Sowjetzone, Berlin-Zehlendorf-West
Limastraße 29 / Telefon: 84 63 23/24**

UfJ-Flugblatt: Aufklärung über örtliche Systemträger in Cottbus.

Doch selbst in West-Berlin, wo der Frontstadt-Geist allmählich schwand, konnte man sich trotz aller Erfahrungen aus der NS-Zeit nicht vorstellen, daß Menschen in der DDR aus rein politischen Motiven hingerichtet würden. Das von der massiven Propaganda Ost-Berlins gezeichnete Bild einer moralisch verkommenen Terrororganisation wurde zunehmend wirksam. Im Interesse der (vermeintlichen) Beendigung des Kalten Krieges wurde die KGU im März 1959 auf Druck des West-Berliner Senats und des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen aufgelöst. Es kam jedoch kein echter Friede, wie die SED-Propaganda stets prophezeit hatte. Statt dessen kam zwei Jahre später eine Friedhofsruhe – in Form der Berliner Mauer.

Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen

Im Herbst 1949, unmittelbar nach Gründung der DDR, tauchten dort an vielen Orten plötzlich Flugblätter auf mit dem Hinweis: „Das Regime in der deutschen Sowjetzone ist nicht auf rechtmäßige Weise zustande gekommen. Es verletzt systematisch das Recht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Unrecht aber bleibt Unrecht, auch wenn Ministerien es befehlen. Helft uns, dieses neue Unrecht zu bekämpfen!“ Es war der Beginn der Tätigkeit des „Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen der Sowjetzone“ (UfJ) unter Leitung von Dr. Theo Friede-nau (tatsächlicher Name: Horst Erdmann), die damals zweifellos seriöseste Widerstandsbewegung. Ihre Waffe war „nur“ die Drohung mit dem Recht gegen das von den SED-Machthabern begangene politische Unrecht.

Regelmäßig appellierten die Freiheitlichen Juristen an das Gewissen der Menschen: „Lehnt alles ab, was nach Eurer Ansicht nicht den Grundsätzen von Recht, Anständigkeit und Menschlichkeit entspricht. Jeder, der Unrecht tut, wird eines Tages zur Verantwortung gezogen werden!“ Besonders die Wachmannschaften der Haftanstalten erhielten immer wieder den Hinweis: „Es gibt einen besseren Schutz für Euch als sowjetische Panzer und Vopo-Bajonette! Dieser Schutz ist Eure persönliche Anständigkeit. Beschimpft und schikaniert politische Gefangene nicht, sondern behandelt sie als Menschen!“

Psychologisch sehr geschickt erinnerten die Flugblätter des UfJ daran, daß die Empfänger vielleicht eines Tages Op-

fer ihrer eigenen SED-„Säuberungen“ oder bei der Wiedervereinigung (an deren baldiges Kommen man damals glaubte, auch die Nürnberger Prozesse waren noch deutlich in Erinnerung) von ihren Führern im Stich gelassen werden könnten. Dann aber sei es besser, im vielgeschmähten Westen um Asyl zu bitten, als irgendwo im Osten eingekerkert zu werden. So blickten viele SED-Funktionäre lange Jahre auch nach dem Westen und mühten sich, ihr Schuldkonto in West-Berlin nicht zu vergrößern.

Die dortige UfJ-Zentrale nämlich führte systematisch über jeden Funktionär und besonders die Justiz-Bediensteten sorgfältig Buch. Nach zehn Jahren umfaßte diese „Kartei des Unrechts“ rund 415 000 Personen, denen politische Delikte vorgeworfen wurden. Bei wiederholten Straftaten erfolgten förmliche Anklageschriften, die in üblicher Form abgefaßt waren und die verletzten Gesetzesbestimmungen zitierten.

Man stellte sie nicht nur den Beschuldigten zu, sondern in ca. 10 000 Exemplaren ebenso ihren Berufskollegen und den Einwohnern der jeweiligen Stadt. Zugleich wurden sie durch den RIAS-Sender in der gesamten DDR bekanntgemacht. Die Wirkung war ungeheuer groß, wenngleich die Allgegenwart und das geheime Wissen der UfJ sowohl bei der DDR-Führung als auch bei der DDR-Bevölkerung viele Jahre zumeist überschätzt wurden. Selbst Justizministerin Hilde Benjamin und Generalstaatsanwalt Melsheimer mußten zugeben, diese „Drohbriefe“ seien „von Erfolg“.

Die Einschleusung solcher Flugblätter erfolgte fast ausschließlich per DDR-Post. Ein ausgeklügelter Vertriebsapparat von Mitarbeitern ließ sie von den verschiedensten Orten aus verschicken. Belief sich die Zahl derartiger Briefe noch 1950 auf 385 000, war sie nach fünf Jahren auf insgesamt sieben Millionen angestiegen. 1957 konnte die DDR-Postzensur lediglich 130 572 UfJ-Sendungen beschlagnahmen, also nur ein Minimum. Oftmals wurden die Flugblätter in SED-Zeitungen versteckt oder als normale Drucksache versandt. In etlichen Städten veröffentlichten sie (und ab 1954 außerdem als Klein-Zeitungen in Doppelbriefgröße) die Namen der örtlichen Scharfmacher, Stasi-Offiziere und Spitzel und warnten so die Einwohner.

Großen Erfolg hatte die Aktion „Verteidigung gegen Spitzelverpflüchtung“, in

der es hieß: „Wie soll die Ablehnung begründet werden? Nur in Form einer Loyalitätserklärung gegenüber dem Regime! Erkläre, zu ‚geheimen Ermittlungen‘ fühlst Du Dich jedoch mangels Eignung nicht in der Lage. Erkläre, daß es Deiner charakterlichen Veranlagung nicht entspräche, daß Du Dich bald verraten würdest und Deinem Auftraggeber damit mehr Schaden als Nutzen entstände.“ Damals kamen monatlich bis zu 2000 Personen zur UfJ-Zentrale, um Rat und Auskunft zu erhalten sowie praktische Hilfe, z.B. Verhaltensmaßregeln oder Unterstützungsmöglichkeiten von Verhafteten oder generell bei Rechtsfragen.

Tatsache ist, Günter Guillaume (DDR-Spion und späterer Referent von Bundeskanzler Brandt) war bereits am 14. November 1955 in die Verdachtskartei des UfJ aufgenommen worden. Mitarbeiter in der DDR stellten fest, daß seine häufig unмотivierte Abwesenheit mit großer Geheimniskrämerei behandelt wurde. Im Juli 1956 meldete der UfJ, Guillaume sei aus seiner Arbeitsstelle ausgeschieden und wohl völlig für „Westarbeit“ eingesetzt. Ausdrücklich wurde eine Überprüfung bei seinem Auftauchen im Westen gefordert. Doch als er dann im Bundeskanzleramt eingestellt war, wurden die Warnungen ignoriert.

Die Propaganda Ost-Berlins versuchte erwartungsgemäß, den UfJ als „Spionage- und Sabotageorganisation“ zu diffamieren. Im Laufe der Jahre gelang es der Staatssicherheit, die Zentrale mit zwei Personen zu infiltrieren. 1952 und 1958 wurden zwei führende Hauptamtliche des UfJ Opfer brutalen Menschenraubs seitens des MfS. In weiterer Folge konnte die Staatssicherheit etliche Mitarbeiter aufspüren, sie wurden in großen Schauprozessen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Der Bau der Berliner Mauer führte zum fast vollständigen Abschneiden des Untersuchungsausschusses von Besuchern und seinen Mitarbeitern aus der DDR. In Westdeutschland zudem, wie es in einem Buch formuliert ist, „begann man, sich allmählich mit der Existenz eines zweiten deutschen Staates abzufinden und sich sogar ihm zu nähern. Für die Organisationen, die die DDR bekämpften, war unter diesen Umständen kein Platz mehr“. Immerhin konnte der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen dann 1969 im Gesamtdeutschen Institut in West-Berlin aufgehen, so daß seine hauptamtlichen Mitarbeiter nicht arbeitslos wurden...

Einwohner von Waldheim!

zeigt, daß Ihr mit den Henkern und Gefängnisbütteln in Eurer Haftanstalt nichts zu tun haben wollt! Schneidet solche Unmenschen wie den VP-Oberrat **Walk**, die Polizeiräte **Protze** und **Ackermann**, den Polizeimeister **Schönfeld**, die Hauptwachtmeister **Adlung**, **Kasparczek**, **Klotz**, **Meyer**, **Nebe** und die Oberwachtmeister **Schirmer** und **Reinhold**! Meidet Hyänen in Menschengestalt wie die Hauptwachtmeisterinnen **Seidel** und **Liebold** und die Wachtmeisterin **Karl**! Behandelt sie wie Aussätzige, bis der Tag kommt, an dem alle für Ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden! Beobachtet sie bis dahin und gebt uns Nachrichten, wie es die Besten von Euch schon lange tun. Helft uns, das Unrecht zu bekämpfen.

Wir fordern alle rechtlich Denkenden zur Mitarbeit auf!

**Untersuchungsausschuß
Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone,
Berlin-Zehlendorf-West, Limastraße 29.
Telefon: 84 63 23/24**

UfJ-Aufklärung über Wachpersonal im Zuchthaus Waldheim.

Du bist ein Feind der kommunistischen Verbrecher-Herrschaft?

Du willst ein einheitliches Deutschland in Freiheit?

Du bist dafür, daß das Unrecht angeprangert, die Verbrecher beim Namen genannt und die Opfer gewahrt werden?

Du weißt daß diese Bekämpfung des Unrechts die beste Hilfe für die Sowjetzone ist?

Du willst daß diese Hilfe verstärkt wird?

Und was tust Du?

Weißt Du, daß die Befreiung der Sowjetzone kein Geschenk des Himmels sein wird?

Ist Dir klar, daß Du selbst auch mitarbeiten mußt?

Aber: ist Widerstand nicht zu gefährlich?

Tausende von Männern und Frauen, Arbeiter, Angestellte, Richter, Staatsanwälte, Angestellte der Behörden, bis hinauf in die Ministerien, Techniker, Ärzte, Studenten, Professoren, Kaufleute, leisten diesen Widerstand, ohne sich zu gefährden. Keiner kennt den anderen. Sie sind keine Agenten, sondern Kämpfer für das Recht. Ihr einziger Auftrag ist, Unrecht zu melden, damit es im freien Berlin nicht nur registriert, sondern auch von dort aus bekämpft werden kann.

Flugblatt des UfJ über Widerstand.

Quellen: Archiv Schlomann

„Und jeder sah und las die Namen“

Einweihung der Namenstafel am Ehrengrab in Chemnitz am 28. Februar 2019

136 unschuldig zu Tode gekommene Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft in Waldheim und Hoheneck 1950–1954, deren Urnen 1993 anonym unter einer Grabplatte bestattet wurden, erhielten ihre Namen zurück. Am Vorabend fand in Chemnitz ein Kameradschaftsabend der ehemaligen Inhaftierten von Sachsenhausen, Waldheim und Hoheneck mit ihren Familienangehörigen statt. Sie sprachen über ihre Haftlebnisse und Erinnerungen. Einige zeigten Fotos von früheren Treffen. Es wurden Grußworte derjenigen verlesen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr anreisen konnten: Erni Carbow, Wilhelmine Geyer, Christina Härtkorn, Margot Jann, Marianne Meierhofer, Erika Riemann, Magda Unger. Auch Hans Engelke vom Waldheimkreis ließ Grüße ausrichten. Kameradin Irma Sann hatte den Arbeitsunfall von Edeltraud Eckert miterlebt und trug freisprechend mit 90 Jahren ein Gedicht vor, alle waren tief gerührt.



Grabstein mit Namenstafel.

Zur Feierstunde auf dem Städtischen Friedhof Chemnitz begrüßte das Mitglied des VOS-Bundesvorstands Hugo Diederich die überlebenden Kameradinnen und Kameraden, die Vertreter der Opferverbände, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie zahlreiche Gäste. Das Grußwort des Sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer verlas Dr. Steffi Lehmann vom Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. Die feierliche Enthüllung der Gedenktafel nahmen vor Marco Wanderwitz MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Hugo Diederich, Holker Thierfeld, Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz, und ich – begleitet vom Musikstück „Ich hat' einen Kameraden“ eines Solotrompeters. Pater Bahrs von der

katholischen Gemeinde in Stollberg segnete die Namenstafel und den Grabstein. Alle Anwesenden verharrten in Minuten des Gedenkens der hier Verstorbenen.

Worte des Gedenkens sprachen Marco Wanderwitz, der Oberbürgermeister von Stollberg, Marcel Schmidt, MdL Ines Saborowski, CDU/FDP-Fraktionsgemeinschaft Chemnitz, MdL Volkmar Zschocke, Grünes Regionalbüro Chemnitz/Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., Dr. Nancy Aris, Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Von den Opferverbänden wurde an die damaligen katastrophalen Haftbedingungen erinnert, die zu der hohen Sterberate führten.

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees und von Kindheit hinter Stacheldraht, sprach über die Kinder, die im eiskalten Februar 1950 in Güterwaggons aus Sachsenhausen in Hoheneck ankamen, mindestens noch 30 wurden dort geboren, aber alle den Müttern weggenommen. Sie kamen meist in Kinderheime, wo sie erst nach der Haftverbüßung abgeholt werden konnten. Rolf Schröder verlas die Grußworte von der AG Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. und anschließend das Gedicht des vor kurzem verstorbenen Kameraden Detlev Putzar für die toten Freunde in Malchow: „Es gibt kein Grab und keinen Stein, auf dem zu lesen, daß es Euch gab, daß Ihr gewesen. Doch sichtbar ist dieser Tafel eingeschrieben, was damals war, wo Ihr geblieben. Und es geschah, daß auf ein Rufen viele kamen. Und jeder sah und las die Namen.“ Paul Radicke, einer der wenigen Überlebenden vom Waldheim-Kameradschaftskreis und Mitinitiator der Gedenkstätte in Untermaßfeld, der ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen nicht anreisen konnte, bat Hugo Diederich darum, vorzulesen. „Durch Nennung der Namen und Hinweis auf die Ursachen für ihr Sterben geben wir den unschuldigen Opfern einer Diktatur posthum die ihnen gebührende Würde zurück“, so seine wichtigste Botschaft.

Im Gedenken an das ehemalige Frauenzuchthaus Hoheneck gab ich einen kurzen Überblick, was nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR mit Andersdenken-

den geschah. 1950 wurden die Speziallager aufgelöst, und als 1119 Frauen mit ca. 30 Säuglingen und Kleinkindern in Hoheneck ankamen, befanden sie sich größtenteils in äußerst schlechtem Gesundheitszustand, es gab keine ausreichende medizinische Versorgung, viele waren schwerstkrank und zum Teil haftunfähig, sie erhielten nur ein Existenzminimum an Verpflegung und mußten dazu die katastrophalen hygienischen Bedingungen ertragen. Das alles führte häufig zum Tod. Nach der Friedlichen Revolution 1989/1990 stellten Benno Prieß und Heinz Lorenz als ehemalige Häftlinge von Sachsenhausen, Bautzen und Waldheim viele Nachforschungen an. Es war ihnen durch die exakte Buchführung der Haftanstalten möglich, Auskunft über den Verbleib der Toten der Jahre 1950 bis 1956 zu erhalten. Maria Stein und Margot Jann mit Ehemann suchten nach den verstorbenen Hoheneckerinnen in den Listen des Krematoriums und fanden die Urnen schließlich auf dem Dachboden von Hoheneck. „Mir geht es darum, daß die hier bestatteten Toten unvergessen bleiben, uns und den nachfolgenden Generationen Mahnung sind, daß sich solches Unrecht niemals wiederholt. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, der Jugend an diesen Schicksalen den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie vor Augen zu halten.“

Danach hielt Pfarrer Wedow von der evangelischen Kirchengemeinde Stollberg eine Andacht. Es folgten die Kranzniederlegungen, begleitet von dem Musikstück „Ich bete an die Macht der Liebe“ eines Solotrompeters, ein emotionaler und bewegender Abschluß.

Dieses Projekt wurde finanziert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, aus Steuermitteln und auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts.

Wir danken der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, besonders dem Leiter der Dokumentationsstelle Dresden, Dr. Bert Pampel, sowie seinem Mitarbeiter Valerian Welm, für die Unterstützung bei den sehr umfangreichen und zeitintensiven Recherchen sowie allen Organisatoren und Beteiligten der Veranstaltung.

Rosel Werl

Wem gehört die Erinnerung?

11. Belter-Dialoge 2019

Die 11. Belter-Dialoge in der Universität Leipzig brachten einige Neuerungen. Sie waren diesmal auf den Nachmittag und Abend beschränkt. Statt der bisher sechs oder sieben Vorträge waren es nur drei, allerdings hochkarätige. Nicht dabei waren von den Veranstaltern die Rektorin, Prof. Dr. Beate Schücking, und der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) für Sachsen, Dr. Joachim Klose. Sie wurden würdig vertreten durch Johanna Hohaus (KAS) und den Direktor des Leipziger Universitätsarchivs, Dr. Jens Blecher. Zu den Gästen gehörten das Mitglied der Belter-Gruppe, Prof. Dr. Werner Gumpel aus München, die beiden ehemaligen Leipziger Jura-Studenten Dr. Günter Krone (Jg. 1927), CDU-Mitglied 1946–1957, und Dr. Günter Kröber (Jg. 1928), LDPD-Mitglied 1946–1961. Kröber gehörte zwei Jahre dem Studentenrat unter Wolfgang Natonek an. Unter den Gästen befanden sich auch der langjährige Dekan der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Schulz, der Kanzler a. D. Dr. Peter Gutjahr-Löser und der Sohn des früheren liberalen Studenten Edgar Plätzsch (1922–1968), Klaus Plätzsch.

Die 11. Belter-Dialoge standen unter dem Generalthema „Was wollen wir erinnern? Zur Instrumentalisierung der Erinnerungskultur“. Dazu gehören die Fragen, welche Bedeutung dem damaligen Widerstand in der SBZ/DDR eingeräumt wird oder ob die offizielle deutsche Geschichtsschreibung diese Vorgänge zur Kenntnis nimmt.

Professorin Dr. Barbara Zehnpfennig von der Universität Passau versuchte in einem Grundsatzreferat diesen Fragen nachzugehen: „Wem gehört die Erinnerung? Geschichte, Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik“. Es ging ihr dabei weniger um die subjektive Erinnerung, als vielmehr um die historische Erinnerung, um die Standpunkte, von denen aus man denkt und sich erinnert. Die Geschichtsschreibung solle der Wahrheitsfindung dienen. Mit wissenschaftlichen Methoden sollten Zeitzeugen, aber auch schriftliche Quellen hinterfragt werden. Am Beispiel der DDR wies sie nach, wie freies Denken unterdrückt wird. Die DDR – ohne formale Gewaltenteilung – installierte ein neues Geschichtsbild, den Unrechtsstaat. Wem gehöre die Erinnerung: dem einzelnen, dem Kollektiv oder

allen gemeinsam? Letztlich gelte es, die Wahrheit, gemessen an einer bindenden Erinnerungskultur, zu erarbeiten.

„Wer trägt die Verantwortung für Erinnerung?“, fragte Prof. Dr. Eckhard Jesse, Universität Chemnitz, im zweiten Vortrag mit dem Untertitel „Zur Instrumentalisierung von Erinnerungskultur“. In der offenen demokratischen Gesellschaft gebe es unterschiedliche Erinnerungskulturen. In Diktaturen werde dagegen die Einheitserinnerung festgelegt. Die politische Willensbildung sei unterhöhlt, die Menschenrechte würden pseudodemokratisch verzerrt, apologetisch angewandt, und das führe letztlich zu Deformationen im Geschichtsbild. So sei die DDR von innen gestürzt worden und der NS-Staat umgekehrt von außen. Beiden sei immanent, das Unrecht zum Gesetz erhoben zu haben. Die Ritualisierung der Gedenk- und Feiertage sei in unterschiedlicher Weise beiden Diktaturen eigen. Die staatlichen Gedenktage setzten auch in der Demokratie neue Akzente für die Erinnerungskultur. So komme der 9. November – vielfach positiv als auch negativ besetzt – als nationaler Feiertag nicht in Betracht. Es bleibe der 3. Oktober übrig, obgleich er „nicht den Geist der Geschichte atmet“. Deutlich nahm Prof. Jesse Stellung zur Gleichbehandlung der Opfer beider deutscher Diktaturen. Es könne nicht Opfer erster und zweiter Wahl geben. Das verstoße gegen die elementaren Menschenrechte.

Der Abendvortrag von Dr. Hubertus Knabe, langjähriger Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, fiel etwas aus der Reihe: „Natonek, Belter, Ihmels – Vergessene Opfer? Zum Umgang mit der DDR-Erinnerung.“ Zum ersten Teil sprach Dr. Jens Blecher. Auf Natonek habe die Ehefrau gewartet, auf Belter seine alten Eltern und auf Ihmels seine Eltern und Geschwister. Hier entfalte sich eine persönliche, innige Erinnerungskultur. Nur Natonek kehrte zurück, Ihmels starb in Bautzen und Belter wurde in Moskau erschossen.

Dr. Knabe erhob den Untertitel seines Vortrages zum eigentlichen Thema. Was habe die Menschen in der ehemaligen DDR bewegt? Das seien zweifellos der Einmarsch der sowjet-russischen Besatzungstruppen, Massenverhaftungen, die

sowjetischen Speziallager und Stalin, „der neue Führer“, der Massenmörder, mit dem Kult um seine Person. Zur dauerhaften Erinnerung habe auch der Aufstand vom 17. Juni 1953, der mit eiserner Hand unterdrückt wurde, gehört. Mit dem Paradigmenwechsel 1989/90 seien manche Erinnerungen in den Hintergrund geraten. Selbst die Vernichtung der Stasi-Akten rücke zunehmend aus dem Blickfeld. Es folge die Instrumentalisierung historischer Fakten. Die Diktaturen in der NS-Zeit und in der DDR seien von unterschiedlicher Qualität, vergleichbar, aber nicht gleichzusetzen.



(v.l.): Dr. Jens Blecher, Dr. Hubertus Knabe, Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig und Prof. Dr. Eckhard Jesse.

Abschließend stellten sich die drei Vortragenden, geschickt moderiert von Dr. Jens Blecher, den Fragen des Publikums. Als Fazit bleibt: Die Erinnerungskultur ist, gemessen am Beispiel des studentischen Widerstands nach 1945, besonders vielfältig. Voraussetzung bleibt die historische Aufarbeitung an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der einstigen DDR. Dazu gibt es noch viel zu tun, nicht zuletzt an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg.

Es ist zu wünschen, daß die drei Vorträge, in denen jeder auf seine Weise die Erinnerungskultur beleuchtet, recht bald gedruckt vorliegen. Das Thema wird uns auch künftig beschäftigen. –

Die Tagung wurde umrahmt von zwei Klavierstücken, vorgetragen von Konstanze Hollitzer, und einem Schlußwort von Prof. Werner Gumpel, der an die Anfänge der Belter-Dialoge erinnerte und sich ihre Fortsetzung wünschte.

Gerald Wiemers

Gedenken anlässlich des Volksaufstandes 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

unser Gedenken verbindet sich in diesem Jahr mit zwei Jubiläen, dem 30. Jahrestag der friedlichen Revolution und dem 20. Jahr, seitdem unsere Stele auf dem Kaßberg steht.

Erwin Tränkmann, der sich maßgeblich und gemeinsam mit Johannes Kirsch und

Wolfgang Looß für diese Stele einbrachte, schrieb in dieser Zeit:

„Dieser Gedenkstein soll nicht nur die Opfer der Gewaltherrschaft von 1945 – 1989 ehren, sondern auch in Dankbarkeit an die Kameraden erinnern, welche ihren Freunden und Leidensgenossen, die nach 1945 schwere Schicksale durchleben mußten, bei der Aufarbeitung dieser Zeit

mit Rat und Tat zur Seite standen und noch stehen.“

In diesem Sinne laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung ein:

**am Montag, dem 17. Juni 2019,
11.00 Uhr**

in die Parkanlage gegenüber dem Landgericht (Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz).

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf beste Gesundheit.

Der Vorstand der
VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

Disziplinierung durch Medizin

(mb)Die szenische Lesung „erinnert-Hautnah-erzählt“ verhandelt ein schreckliches Kapitel Medizingeschichte der DDR. Im Städtischen Klinikum Berlin Buch – Medizinbereich I, Haus 114, Station C – konnten weibliche Schutzbefohlene seit 1971 ab dem zwölften Lebensjahr ohne Voruntersuchung und gesicherte Indikation unter haftähnlichen Bedingungen

zwangseingewiesen werden. Tausende, zum Teil Minderjährige, erfuhren dort sexualisierte Gewalt und Mißbrauch zu medizinischen Forschungszwecken.

Die szenische Lesung verwendet sowohl Opfer- als auch Täterdokumente und ist ein Projekt, das von Martina Blankenfeld initiiert und vom Berliner Landesbeauf-

tragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wurde.

26. Juni 2019, 15.00 Uhr:
öffentliche Generalprobe, anschließend Pressekonferenz

27.–29. Juni, jeweils 19.00 Uhr:
reguläre Vorstellungen

Ort: Berlin, Rathaus Pankow,
Breite Str. 24a–26



„Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“

Die Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ wirft Schlaglichter auf die Jahre 1989/90. Sie erinnert an den Protest gegen die Fälschung der DDR-Kommunalwahlen, an die Fluchtbewegung im Sommer und die Massenproteste im Herbst, die die SED-Diktatur in die Knie zwangen. Sie berichtet von der Selbstdemokratisierung der DDR, der deutsch-deutschen Solidarität und den außenpolitischen Weichenstellungen bis zur Wiedererlangung der deutschen Einheit. Herausgeber sind die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

Die Ausstellung steht ab 8. Juli 2019 für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zur Verfügung und kann bereits jetzt vorbestellt werden. Im Buchhandel erschienen ist ein zweisprachiger Begleitband. Zahlreiche Aufnahmen prominenter Fotografen und mittels QR-Codes verfügbare Videos veranschaulichen das Geschehen.

Die Schau umfaßt 20 Tafeln, die als Poster-Set im Format DIN A1 vorliegen. Sie

präsentiert über 100 zeithistorische Fotos und Dokumente. QR-Codes verlinken zu 18 Videointerviews mit Akteurinnen und Akteuren der Friedlichen Revolution, die auf der Webseite <https://zeitzeugen-portal.de> zu finden sind.

Autor und Kurator der Ausstellung ist der Berliner Historiker Dr. Ulrich Mählert, der den Arbeitsbereich Wissenschaft der Bundesstiftung Aufarbeitung leitet. Bei der Ausstellung handelt es sich um eine in der Gestaltung und Bildauswahl grundlegend überarbeitete Neuauflage einer gleichnamigen Ausstellung der Bundesstiftung aus dem Jahr 2009.

Die Ausstellung ist das ideale Medium, um in Schulen und an öffentlichen Orten – etwa in Foyers von Rathäusern, in Volkshochschulen, Stadtbibliotheken oder Kirchen – über die Friedliche Revolution und den Weg zur deutschen Einheit zu informieren.

Die 20 DIN-A1-Plakate können gegen eine Schutzgebühr von 30,00 € bestellt werden. Der Preis versteht sich inkl. MwSt. und zuzüglich der Versandkosten.

Delivered wird ab 8. Juli 2019. Die Rechnungsstellung erfolgt bei Lieferung und kann nicht vorgezogen werden.

Die Plakate werden gerollt geliefert und müssen vor Ort auf eigene Kosten gerahmt, auf Ausstellungsplatten aufgezogen oder auf sonstige Weise präsentiert werden.

Bestellungen von bis zu fünfzehn Exemplaren erfolgen ausschließlich über ein Onlineformular auf der Website der Bundesstiftung Aufarbeitung unter: #RevolutionTransformation – Ausstellung – Bestellinformationen

Die Ausstellung kann nur komplett bestellt werden, eine Lieferung von Einzelplakaten ist nicht möglich. Die Plakate werden vom Besteller erworben, d.h. sie verbleiben dauerhaft bei ihm.

Rückfragen zu den Ausstellungsinhalten sowie zu Sonderkonditionen bei der Abnahme von elf oder mehr Ausstellungsexemplaren richten Sie bitte – ausschließlich – per E-Mail zu Händen von Dr. Ulrich Mählert an [buer0\(at\)bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:buer0(at)bundesstiftung-aufarbeitung.de)



Leserbrief

Konsequente Haltung

Unter den politischen Gefangenen der DDR gab es Menschen, die sich in der Tradition des Widerstandes gegen die Nazis sahen und gegen kommunistische Indoktrination aufbegehrten. Nicht selten waren sie unter dem Vorwurf der „staatsfeindlichen Hetze“ inhaftiert. Solch ein Mensch ist der Schriftsteller Siegmund Faust. Ich lernte ihn im Zuchthaus Cottbus kennen. Als junger Mann empfand er sich als politisch links, lehnte später aber die kommunistische Ideologie als Unsinn ab. Faust sah sich immer als Demokrat, ist ein Freiheitsliebender. Und bis heute ein mutiger und konsequenter Mensch, wie es sie selten gibt.

Warum schreibe ich das?

Fausts konsequente Haltung ist in gewissem Masse auch von Rücksichtslosigkeit sich selbst gegenüber geprägt. Er stolpert schon mal in Fallen, die ihm seine Feinde gestellt haben. Aber vielleicht ist es eine gewisse Naivität, welche ihn die Bösartigkeit seiner Feinde unterschätzt

zen läßt. Nach einem Interview in einer Zeitung wurde ihm öffentlich unterstellt, Sympathien für einen verurteilten Rechtsextremisten zu haben. Faust erwähnte eine offensichtlich problematische Relation: Ein Doppelmörder wird zu einer wesentlich geringeren Strafe verurteilt als ein sogenannter Volksverhetzer. Faust weist in seinen Schreiben darauf hin, daß ein ehemaliger Anwaltskollege dieses Extremisten, später immerhin Minister, sich ähnlich öffentlich wie er selbst, also Faust, geäußert hat. Im Rahmen des o.g. Interviews erwähnte Faust die Massenmorde der Nationalsozialisten. Was Faust sagte, war trivialerweise richtig, nämlich, daß Historiker in Details verschiedene Zahlen vorlegen. Er wurde aber der Relativierung des Holocaust beschuldigt. Wie gesagt: Wer Faust auch nur ein wenig kennt, weiß um die Bösartigkeit einer solchen Unterstellung. Faust sagt selbst dazu, daß er gar nicht auf der Welt wäre, wenn sein Vater nicht als Soldat gegen die Nazis gekämpft hätte. Darüber hinaus stellt er fest, daß er in den Zeitungen falsch zitiert

werde. Folgerichtig hat er Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Nun könnte man sagen, daß solche Ehrabschneidung am nächsten Tage schon „von gestern“ ist. Aber hier ist das ganz anders: Mehrere Institutionen, für die er als Honorarreferent arbeitete, haben ihn rausgeschmissen – ein existenzbedrohender Vorgang. Manche seiner ehemaligen Haftkameraden sehen die Causa Faust als ersten Schritt einer Intrige gegen den Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, gleichsam als Beginn einer Zersetzungsoption, wie sie an der Hochschule des MfS in Potsdam ausgekocht worden sein könnte. Dieser Gedenkstättenchef wiederum stellte sich nicht vor Faust, hörte ihn nicht einmal an. Dann wurde er selbst entlassen, wegen behaupteten Fehlverhaltens seines Stellvertreters. Ein großer Verlust für die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur, keine Frage. Aber die Zahl der Haftkameraden von Faust, die öffentlich für diesen Direktor demonstrierten, hielt sich in engen Grenzen.

Dieter Graeser, Berlin

(1974–1976 wegen Fluchtversuchs im Zuchthaus Cottbus inhaftiert)

Suchanzeigen

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gesucht!

Die Überlieferungsdichte in der Gedenkstätte Amthordurchgang e.V. in Gera zeigt insbesondere in der Aufarbeitung der Erinnerungs-/Erfahrungsgeschichte der Zeit von Nationalsozialismus und Krieg noch viele Leerstellen. Der Zugang zu den Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ist jedoch wesentlich, da wir als Gedenkstätte mit NS- und SED-Vergangenheit in naher Zukunft zur Vermittlung erlebter Geschichte die Vertreterinnenrolle für die Erlebnissgeneration 1933 bis 1945 einnehmen werden müssen. Neben diesem ganz pragmatischen Grund ist es uns jedoch ein persönliches Anliegen, die Erinnerungen und Erlebnisse an Nationalsozialismus und Krieg für die Zukunft zu konservieren und sie einer breiten, interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wir suchen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Gera, dem Gebiet des ehemaligen Bezirkes Gera und des Altenburger Landes, die ihre eigene Geschichte erzählen möchten, insbesondere ehemalige Häftlinge der

Gestapo-, NKWD- und MfS-Untersuchungshaftanstalt Amthordurchgang in Gera. Untersuchungsgegenstand bilden ferner die Erfahrungen von „Haftzwangsarbeit“ im Erwachsenen-, Jugend- und Kindesalter.

Gesucht werden ebenfalls Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der zweiten und dritten Generation, so sie als Familienangehörige/Nachkommen über die Erlebnisse ihrer Eltern/Großeltern berichten können, ihre eigene familiäre Sicht/Betroffenheit aufarbeiten möchten oder uns subjektive Erinnerungszeugnisse (Tagebücher, Briefe, Dokumente etc.) zur Verfügung stellen können.

Interview- /Sammlungsschwerpunkte bilden dabei:

- die Unrechtserfahrungen aus der Zeit von Nationalsozialismus und Krieg
- politische Verfolgung durch die sowjetischen Besatzer und den Machtapparat der SED, des MfS

bis zur Gründung des Bezirkes Gera 1952

- Erlebnisschilderungen im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953.

Die Interviews sollen audiovisuell erfaßt und wesentlicher Bestandteil eines in der Gedenkstätte Amthordurchgang e.V. geplanten „Archivs der Erinnerung“ werden. Dieses hat zum Ziel, subjektive Erinnerungszeugnisse langfristig zu bewahren und zu erschließen.

Geplante Tätigkeitsfelder sind:

- Durchführung von lebensgeschichtlichen Interviews,
- Sammlung von subjektiven Erinnerungszeugnissen,
- Aufbereitung bereits vorhandener Bestände,
- Erschließung der gesammelten Unterlagen,
- Publikation der Forschungsergebnisse (u.a. im Ausstellungskontext),
- Vernetzung der Aktivitäten von Oral-History-Projekten,



- Bestandsaufnahme von Oral-History-Materialien (auch aus dezentralen Einrichtungen/von Projekten) in einer gemeinsamen Datenbank und
- Bereitstellung der Materialien für die vorwiegend wissenschaftliche Nutzung sowie für Friedens- und Bildungsarbeit.

Bitte wenden Sie sich bei Interesse an einem Interview und/oder an einer Zusammenarbeit an die Gedenkstätte Amthordurchgang e.V. Diese erreichen Sie unter der angegebenen Adresse: Gedenkstätte Amthordurchgang e.V., Amthordurchgang 9, 07545 Gera, Tel, (03 65) 552 76 30, E-Mail info@torhaus-gera.de, Öffnungszeiten: Dienstag,

Donnerstag, Samstag jeweils 14 bis 18 Uhr

Suche Haftgedichte!

Für eine Anthologie mit Haftgedichten suche ich Gedichte und Liedtexte von ehemaligen politischen Häftlingen der SBZ und DDR. Auch lyrische Reflexionen danach sind gefragt. Gedichte von längst verstorbenen Opfern der sowjetischen oder ostzonalen Justizwillkür sollen ebenfalls veröffentlicht werden.

Ich möchte freilich auch die Biographien der Betroffenen so ausführlich wie möglich mit anführen. Dabei sind besonders

Stasi- oder Gerichtsakten willkommen.

Weiterhin muß bitte angegeben werden, ob die Gedichte schon veröffentlicht wurden, dann aber auch wann und wo.

Die Qualität der Gedichte oder Liedtexte spielt faktisch keine Rolle. Es kommt auf ein breites Spektrum an, wie ehemalige Häftlinge aus ihrer Situation heraus sich mit dichterischen Mitteln „ein seelisches Ventil zu verschaffen“ suchten, wie das Edith Herrnleben einmal ausdrückte.

Bitte Texte und Dokumente senden an: Siegmund Faust, Krumme Straße 28, 10627 Berlin. Oder an: siegmund.faust@gmail.com

Abschied

Vor über 22 Jahren stand Roland Bude vor dem Universitätsarchiv Leipzig – damals noch in der Oststraße –, bewaffnet mit einem Koffer der besonderen Art. Es war sein Koffer aus Workuta, den er im Lager selbst aus Holz mit angefertigt hatte. Heute steht das gute Stück im Zeitgeschichtlichen Forum in der Grimmaschen Straße im Leipziger Zentrum. Die Verbindung zu Roland Bude ist seitdem nie abgerissen.

Roland Bude gehörte zu den aktiven Mitgliedern der Lagergemeinschaft Workuta. Die Rekonstruktion ihrer Geschichte war ihm stets wichtig. Er kämpfte gegen das Vergessen an, und das Erinnern hielt er für notwendig. Deshalb schrieb er 2010 auch das Buch „Workuta – Strafe für politische Opposition in der SBZ/DDR“.

Geboren ist Roland Bude am 22. März 1926 in der Stadt Freiwaldau/Sudetenland (heute Jeseník, Tschechien). Nach dem Besuch der Schule wird er 1943/44 als Luftwaffenhelfer in Berlin eingezogen. Er besteht das Notabitur und wird noch 1945 zur Wehrmacht einberufen und an die Ostfront abkommandiert. Als er in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerät, kann er fliehen und kommt nach Plaue in Thüringen, zwischen Arnstadt und Ilmenau gelegen. Dort absolviert er einen Abitur-Sonderlehrgang sowie einen weiteren Lehrgang für angehende Russischfachlehrer. Gleichzeitig arbeitet er als Russischlehrer an der Volksschule in Löbstedt und beginnt das Studium der Slawistik an der Universität Jena.

1948 setzt Bude sein Slawistik-Studium in Rostock fort. Er engagiert sich in der Hochschulgruppenleitung der FDJ und hat kurze Zeit den Vorsitz inne. Der Druck, Mitglied der SED zu werden, wird immer stärker. Roland Bude schließt sich einer Gruppe von Studenten an, die mit konspirativen Aktionen Widerstand leistet. Er lernt den liberalen Wortführer der Gruppe, Arnold Esch, kennen.

Am 13. Juli 1950 wird Roland Bude verhaftet und am 31. Oktober von einem Sowjetischen Militärtribunal in Schwerin zu zweimal 25 Jahren Straflager verurteilt. Das Urteil wird zu einem Strafmaß von 25 Jahren zusammengefaßt. Die Verhandlung erfolgt ohne Rechtsbeistand.

Roland Bude wird fast fünf Jahre in einem Zwangsarbeitslager in Workuta, Schacht 40, zubringen, zuletzt auf Grund seiner guten Sprachkenntnisse als Brigadier. Erst nach dem Besuch von Konrad Adenauer im September 1955 in Moskau kommt auch Roland Bude frei und geht zu seiner Familie nach München. Dort setzt er sein Studium der Slawistik, der Osteuropäischen Geschichte und des Völkerrechts fort. Ab 1962 arbeitet er im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (später für innerdeutsche Beziehungen) und 1989 wird er Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium.

1992 bis 1994 ist er erster Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und bis 2001 Vorstandsmitglied. Bude hat die



Foto: N. Radlitz

Roland Bude, 2006.

Einzelverbände in einem Gesamtverband zusammengeführt.

Bereits 1987 ist er mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. 1993 wird er als einer der ersten von der Militärhauptstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert und sechs Jahre später zum Vizepräsidenten der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus gewählt.

Nach langer Krankheit ist Roland Bude am 17. April zu Hause in Swisttal bei Bonn gestorben.

Horst Hennig und Gerald Wiemers

Veranstaltungen

21.5. (Di), 19.00 Uhr:

„**Bilder der Allmacht**“. Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen, Buchvorstellung; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: ehemalige Stasi-Zentrale Berlin-Lichtenberg, Ruschestr. 103, Haus 22, 10365 Berlin

24.5. (Fr), 15.00–20.30 Uhr:

Das Jahr 1989 im Spiegel der Stasi, Informationstag, bis 18.00 Uhr Bürgerberatung, 19.00 Uhr: Vortrag u. Gespräch „Das Jahr 1989 im Spiegel der Stasi-Akten“ mit Prof. Dr. Daniela Münkel u. Martin Stief, BStU; Ort: Grenzhof Schlagsdorf, Neubauernweg 1, 19217 Schlagsdorf

27.5. (Mo), 18.15 Uhr:

Sehnsucht nach Einheit: **Weimars Erbe in der politischen Kultur der Bundesrepublik**, öffentliche Ringvorlesung mit Frank Bösch, Potsdam, in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

28.5. (Di), 18.00 Uhr:

Die SED und ihre MfS-Abteilung Kommerzielle Koordinierung, Vortrag v. Thomas Lukow, Stasimuseum Berlin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaiplatz 5–7, 10178 Berlin

28.5. (Di), 19.00 Uhr:

Der Jugendwerkhof Königstein 1949–1955, Vortrag u. Diskussion mit Dr. Maria Pretzschner, Kuratorin der gleichnamigen Ausstellung, u. Ingolf Notzke, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau; Veranstaltung d. Gedenkstätte Münchner Platz Dresden u.a.; Ort: Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, Münchner Platz 3, 01187 Dresden, Veranstaltungsraum

4.6. (Di), 18.00 Uhr:

Klagetrommeln für China. Reaktionen in der DDR auf das Tiananmen-Massaker; Veranstaltung d. BStU u.a. in der Reihe „Macht, Menschenrechte, Mauerfall“; Ort: ehem. Stasi-Zentrale, Ruschestr. 103, Haus 7, Raum 427, 10365 Berlin

4.6. (Di), 18.00 Uhr:

Interesse und Konflikt. **Die Idee der Nation in der DDR und in Ostmitteleuropa seit 1989**; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.6. (Di), 19.00 Uhr:

Dokumentarfilm „Eisenzeit“ Dt. 1991, Regie Thomas Heise, Film aus der Filmreihe Zeitschnitt 2019 „Umbrüche – Aufbrüche“; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg; Ort: Evangelische Trinitatiskirchengemeinde Finsterwalde, „Arche“, Schloßstr. 5, 03238 Finsterwalde

Formen der Erinnerung

Wie wird wo an die Opfer kommunistischer Diktaturen erinnert? Wer glaubt, die wesentlichen Erinnerungsorte bereits zu kennen, irrt vermutlich. Das Buch „Museen und Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktaturen“, erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens, offenbart eine erstaunliche Vielfalt weltweit. Aus 36 Ländern, davon acht ohne kommunistische Diktaturerfahrung, wurden ca. 120 Erinnerungsorte ausgewählt und vorgestellt. Außer Südamerika und der Antarktis sind alle Kontinente vertreten. Immerhin lebte in den 1970er und 1980er Jahren ca. ein Drittel der Weltbevölkerung in kommunistischen Diktaturen. Der Begriff Erinnerungsorte umfaßt hier alles vom kleinen Gedenkstein über Skulpturen, Gedenkstätten und Museen bis zu weitläufigen authentischen Orten kommunistischer Verbrechen.

Der Titel des reich bebilderten, voluminösen Bandes stapelt fast ein wenig tief. Denn sein Reiz liegt besonders in einem jeweils vorangestellten Überblick über die kommunistische Geschichte des einzelnen Landes und seiner spezifischen Gewaltverbrechen. Terror, Repression und Überwachung kennzeichneten mehr oder weniger alle kommunistischen Staaten, die Ausformungen allerdings waren oft sehr verschieden. Es gab diktaturverursachte Hungersnöte, Völkermord, Deportationen und Vertreibungen. Auch der Widerstand dagegen nahm unterschiedliche Gestalt an. Insofern kann man das Buch auf zweierlei Weise lesen: als Nachschlagewerk der Erinnerungsorte und als Geschichtsbuch.

Neben zumeist aussagekräftigen Fotos werden auch Hintergrund und Entstehungsgeschichte der einzelnen Gedenksymbole beschrieben. Der Grundstein des Denkmals für die Opfer der kommunistischen Deportationen in der moldauischen Hauptstadt z.B. wurde bereits 1990 gelegt, realisiert wurde es jedoch erst 23 Jahre später. Die Einweihung schließlich fand statt am 74. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-russischen Nichtangriffsvertrages, der Osteuropa zwischen Hitler und Stalin aufteilte. Im Volksmund wird das Denkmal „Zug des Schmerzes“ genannt. Es steht auf dem Vorplatz des Bahnhofes, von dem aus in den 1940er und 1950er Jahren die Deportationen aus den an-

nektierten Gebieten Bessarabiens und der Nordbukowina nach Kasachstan und Sibirien erfolgten.

Das gestalterisch sehr interessante Denkmal für die Opfer des Kommunismus in London, im Stadtteil South Kensington, ist den nach dem Zweiten Weltkrieg mit Einwilligung der Alliierten von Sowjetunion und Jugoslawien Zwangsreparierten gewidmet. Seine Inschrift in deutscher Übersetzung lautet: „Dieses Denkmal wurde hier angebracht von Mitgliedern aller Parteien der beiden Parliamentshäuser und von vielen anderen Sympathisanten im Gedenken an die zahllosen unschuldigen Männer, Frauen und Kinder von den kommunistischen Regierungen verhaftet wurden und starben. Mögen sie in Frieden ruhen.“

Die Inschriften jedes Erinnerungsortes werden im Original und in deutscher Übersetzung wiedergegeben, Website-Adressen und zahlreiche Literaturhinweise regen zu vertiefter Beschäftigung an.

Der Band wird ergänzt durch eine Auswahlbibliographie, ein geographisches Register und ein Abkürzungsverzeichnis, er ist sehr informativ und, ja, er liest sich ausgesprochen spannend.

Die Autoren bitten am Ende ihres Geleitwortes darum, ihnen weitere Informationen zukommen zu lassen, um sie in eine spätere Auflage aufzunehmen. Wie schön wäre es, wenn dann auch Erinnerungsorte in Kuba und Venezuela zu den Ergänzungen zählten.



Anna Kaminsky (Hg. im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): *Museen und Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktaturen*, Sandstein Verlag 2018, 472 S., 29,- €

Friedrich Rudolph

Ein georgisches Leben



.....
 Lana Gogoberidse: *Ich trank Gift wie kachetischen Wein, Autobiographie, Mitteldeutscher Verlag 2019, 532 S., 25,- €*

(VT) Lana Gogoberidse zählt zu den wichtigsten Filmemacherinnen Georgiens. In ihrer Autobiographie korrespondieren Erinnerungen auf ganz besondere, persönliche Art und Weise mit der georgischen Geschichte sowie der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Gogoberidse wächst in einer Welt voller Brutalität und Unsicherheit auf. In der Zeit des Großen Terrors wird ihr Vater 1937 als „Feind des Volkes“ hingerichtet und ihre Mutter zu 10 Jahren Lagerhaft verurteilt. Besonders der Verlust der Mutter bildet eine tiefe Zäsur in Gogoberidses Leben, den sie auch immer wieder in ihrem künstlerischen Schaffen thematisiert. Ihren internationalen Durchbruch feiert Gogoberidse mit ihrem autobiographisch beeinflussten Film „Einige Interviews zu persönlichen Fragen“, der 1979 den Grand Prix in San Remo gewinnt.

Gogoberidses Memoiren erzählen die einzigartige Geschichte einer herausragenden Künstlerin, starken Frau und engagierten Politikerin, die schließlich mit fast 90 Jahren wieder am Filmset steht.

Lana Gogoberidse, geboren 1928 in Tbilissi, studierte bis 1958 in Moskau Regie. Trotz Problemen mit der sowjetischen Zensur schaffte sie es, ihre Filme international zu präsentieren. 1984 war sie Teil der internationalen Jury der 34. Berliner Filmfestspiele. Nach der Unabhängigkeit Georgiens engagierte sie sich in der Politik: 1992 bis 1995 als Abgeordnete im georgischen Parlament, ab 2004 als Botschafterin in Paris.

Durchs Eiserne Tor



.....
 Heinz Schmerschneider: *Durchs Eiserne Tor, Freigekauft aus der DDR, Mitteldeutscher Verlag 2018, 112 S., 10,- €*

(VT) Viele wollten, aber nur wenigen gelang es: die Flucht aus der DDR. Egal ob an der innerdeutschen Grenze oder über das sozialistische Ausland, oft genug endete der Fluchtversuch mit der Inhaftierung – doch damit zugleich mit der Chance auf Freikauf durch die Bundesrepublik.

Aber wie ging es danach weiter? Wie kam ein mittelloser Flüchtling nach der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR in der „neuen Welt“ zurecht? Heinz Schmerschneider schildert in diesem Buch seine Eindrücke und Erlebnisse bei seiner Ankunft und auf dem weiteren Lebensweg in Heidelberg. Mit dieser autobiographischen, literarisch bearbeiteten Erzählung gelingt es ihm, seinen Werdegang unterhaltsam und anregend aufzubereiten. Zugleich bleibt es spannend, denn schon wieder ist jemand auf der Flucht.

Heinz Schmerschneider wuchs in Halle (Saale) auf und gelangte 1975 per Freikauf in die Bundesrepublik Deutschland. In Heidelberg studierte er Volkswirtschaftslehre und Jura. Nach fünf Berufsjahren in Mannheim und Heidelberg eröffnete er 1990 eine Anwaltskanzlei in Halle (Saale) und war dort bis 2008 als freiberuflicher Rechtsanwalt tätig. Seit 2009 sind sechs Bücher von ihm erschienen.



.....
 Tyrell van Boog: *FKK. Der etwas andere Stasi-Roman, nur als E-Book, Bezug über <https://www.amazon.de/FKK-etwas-andere-Stasi-Roman-allererster-ebook/dp/B072HV4T77>*

Der etwas andere Stasi-Roman

(AT) Ein Wiedersehen mit dem Journalisten, dem Anti-Helden aus „Swingin´ in the Rain“. Mittlerweile sitzt er in U-Haft, denn ihm wird vorgeworfen, seine Frau Pia erschossen zu haben. Der Mord geschah, nachdem das Paar Besuch von einem ominösen Fremden gehabt hatte: einem ehemaligen Stasi-Offizier.

Im Gespräch mit einer Gefängnis-Psychologin offenbart der Journalist, daß seine Frau vor der Wende für den DDR-Geheimdienst gearbeitet und ein Verhältnis mit dem Ex-Offizier gehabt hatte. In einem bizarren Rollenspiel versetzt er sich abwechselnd in seine Frau und in seinen vermeintlichen Rivalen, dessen dubiose Methoden auch nach der Wende gefragt blieben.

In dem verzweifelten Bemühen, seine Unschuld an Pias Tod zu beweisen, kommt der Journalist schließlich einem Massenverbrechen im vom Bürgerkrieg zerrissenen Angola auf die Spur; nicht ahnend, daß er abermals sein eigenes Leben aufs Spiel setzt. Denn die alten Seilschaften sind nach wie vor intakt.

Veranstaltungen

4.6. (Di), 19.00 Uhr:

„**Die Macht der Kerzen**“, Buchvorstellung u. anschließendes Gespräch mit Werner Krättschell, Autor; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Kirche Alt-Pankow, Breite Str. 37, 13187 Berlin

5.6. (Mi), 17.00 Uhr:

Revolution unter Beobachtung. Die „Rapport-Berichte“ der Stasi im Jahr 1989, Führung u. Lesung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg, Ort: Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

5.6. (Mi), 18.00 Uhr:

Wenn Fremde mitlesen – Privates im Visier der Geheimdienste (Artikel 12 AEMR); Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Rahmen der Reihe „Achtung: Menschenrechte“, 70 Jahre Menschenrechtserklärung; Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin; bitte zeitnah mögliche Änderungen unter www.stiftung-hsh.de prüfen

6.6. (Do), 18.00 Uhr:

Fenster zur Freiheit. Die radix-blätter – Untergrundverlag und Druckerei der DDR-Opposition; Veranstaltung d. Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V. u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.6. (Do), 19.00 Uhr:

Die friedliche Revolution in Potsdam 1989. Das Pfingstbergfest 1989 und weitere Initiativen zur Rettung historischer Bausubstanz, Zeitzeugengesprächsreihe; Veranstaltung d. Fördervereins des Potsdam-Museums e.V.; Potsdam-Museum, Forum für Kunst und Geschichte, Am Alten Markt 9, 14467 Potsdam

11.6. (Di), 18.00 Uhr:

Die gefährliche Faszination des Marxismus – gestern und heute, Ref. Dr. Franz Cimpa, Marxismus-Forscher; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaiplatz 5–7, 10178 Berlin

13.6. (Do), 19.30 Uhr:

Film „**Wege in die Nacht**“, Dt. 1999, Regie Andreas Kleinert, Film aus der Filmreihe Zeitschnitt 2019 „Umbrüche – Aufbrüche“; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg; Ort: Klostergalerie Zehdenick, Klosterscheune, Am Kloster 1, 16792 Zehdenick

17.6. (Mo), 18.15 Uhr:

Weimar als politisches Argument, öffentliche Ringvorlesung mit Andreas Wirsching, München, in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin u.a.; Ort: Topographie des Terrors, Niederkirchnerstr. 8, 10963 Berlin



18.6. (Di), 18.00 Uhr:

Ausstellungseröffnung **„Blauer Wimpel im Sommerwind. Ferienlager in der DDR“**; Veranstaltung d. Brandenburgischen Landeszentrale f. politische Bildung; Ort: Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, Eingang: Friedhofsgasse, 14473 Potsdam

19.6. (Mi), 18.15 Uhr:

„Auswärtige Kulturpolitik in der DDR“, wissenschaftliches Kolloquium, Ref. Dr. Christian Saehrendt, Kunsthistoriker u. Publizist; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

20.6. (Do), 18.00 Uhr:

Lizenz zum Spionieren – Alliierte Militärmismissionen in Potsdam, Kurzvortrag v. Söhnke Streckel u. Zeitzeugengespräch mit ehemaligen Angehörigen der Militärverbindungsmissionen, Mod. Jörg Morré, Direktor d. Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Potsdam-Museum, Forum für Kunst und Geschichte, Am alten Markt 9, 14467 Potsdam

25.6. (Di), 16.00 Uhr:

Geschichte lesen – Diener zweier Herren: Die Kriminalpolizei und die Stasi; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

25.6. (Di), 18.00 Uhr:

„Im goldenen Käfig: Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozeß“, mit Dr. Christian Booß, Autor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaiplatz 5–7, 10178 Berlin

26.6. (Mi), 15.00 Uhr:

Öffentliche Generalprobe der szenischen Lesung **„erinnert-Hautnah-erzählt“** über Disziplinierung durch Medizin in der DDR, von Martina Blankenfeld; Ort: Rathaus Pankow, Breite Str. 24a–26, 13187 Berlin

27.6. (Do),–29.6. (Sa), jeweils 19.00 Uhr:

Szenische Lesung „erinnert-Hautnah-erzählt“ über Disziplinierung durch Medizin in der DDR, von Martina Blankenfeld; Ort: Rathaus Pankow, Breite Str. 24a–26, 13187 Berlin

1.7. (Mo), 18.15 Uhr:

Das Erbe der Spaltung. Die Linke in Ost und West zwischen Totalitarismus und Demokratie, öffentliche Ringvorlesung mit Gerd Koenen, Frankfurt/M., in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Vertreibungen im Kommunismus

(VT) Der Sammelband enthält Beiträge internationaler Autoren, die sich mit den Vertreibungen zum Zweck der kommunistischen Herrschaftsetablierung und Herrschaftssicherung in der Sowjetunion und in Europa befassen. Diese repressive



Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.): *Vertreibungen im Kommunismus. Zwangsmigration als Instrument kommunistischer Politik*, Mitteldeutscher Verlag 2019, 176 S., 15,- €

Methode wurde in nahezu allen kommunistischen Diktaturen in Ost- und Südosteuropa angewandt. Mit den in der Publikation versammelten Aufsätzen wird das breite Spektrum des staatlichen Heimatentzuges und der Vertreibungen deutlich. Ein geeintes Europa bedarf der differenzierten Erinnerung gerade dieser Zwangsmigrationen. Durch den Vergleich können nationale wie regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich werden.

Buchtipp

Warten auf den Vater

Erinnerungen an Ibrahim Böhme

Von Tatjana Böhme-Mehner

Europa Verlag 2019

208 Seiten, 18,- €



Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. >>

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Heinz Assig, Uwe Behne, Waldtraut Börner, Klaus Fischer, Gerolf Fritsche, Horst Gutmann, Dr. Rolf Haberland, Johanna Hanncke, Dieter Hannß, Jürgen Jenkel, Waldtraut Kindermann, Michael Lange, Manfred Langkath, Ilsemarie Lorenz, Hella Meissner, Dr. Jürgen Miersch, Klaus Muder, Ewald u. Anna Maria Ott, Ute Rast, Dieter Rook, Joachim Tetzlaff, Heinz Schulze, Gabriele Seidel, Gerd Sommerlatte, Manfred Spuhn, Wanda Maria Stark, Dieter Steinhoff, Harald Steinke, Hans-Joachim Stöhr, Christian Uhlmann, Ingrid u. Helmut Vötter, Gerda Weisheit, Günther Wetzlaugk, Frank Wiebeck, Fred Wietzoreck

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wer sein Recht nicht wahren,
gibt es auf.

Ernst Raupach

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 2. Mai 2019

